



PROGRAMM FÜR DIE WAHL ZUM DEUTSCHEN BUNDESTAG AM 24. SEPTEMBER 2017

Leitantrag der Bundesprogrammkommission
zum Bundesparteitag am 22./23.04.2017 in Köln

Alternative
für
Deutschland



1 | Wiederherstellung der Demokratie in Deutschland 05

1.1	Ohne Volkssouveränität keine Demokratie	06
1.2	Zurückführung der Europäischen Union in einen Staatenbund souveräner Staaten	06
1.3	Das Volk muss wieder zum Souverän werden	07
1.4	Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild	07
1.5	Die Gewaltenteilung gewährleisten	08
1.6	Trennung von Amt und Mandat und Kampf der Ämterpatronage	08
1.7	Macht der Parteien beschränken	08
1.8	Direktwahl des Bundespräsidenten	08
1.9	Parteienfinanzierung dem Verfassungsrecht anpassen	08
1.10	Freie Listenwahl und freies Mandat	09
1.11	Wider das Berufspolitikertum: Amtszeit begrenzen	09
1.12	Lobbyismus eindämmen	09
1.13	Private Rentenvorsorge für Parlamentarier	10
1.14	Einführung eines Straftatbestands der Steuerverschwendung	10

2 | Der EURO ist gescheitert: Währung, Geld- und Finanzpolitik 11

2.1	Die weitere Mitgliedschaft in der Eurozone ist für Deutschland unbezahlbar	12
2.2	Beendigung der Sparer und Rentner enteignenden Politik der EZB	12
2.3	Erhalt des Bargelds	13
2.4	Keine deutsche Haftung für ausländische Banken	13
2.5	Mit uns ist Ihr Geld sicher: Absicherung der Bürger gegen eine Eurokrise	14

3 | Außen- und Sicherheitspolitik: Deutsche Interessen durchsetzen 15

3.1	Außenpolitik muss sich an deutschen Interessen ausrichten	16
3.2	Das Verhältnis zu wichtigen Staaten ändert sich	16
3.3	Deutschland muss sich selbst verteidigen	17
3.4	Die AfD fordert eine nationale Sicherheitsstrategie	17
3.5	Deutschland soll seine wirtschaftlichen Stärken ausbauen	18
3.6	Entwicklungspolitik: Stabilität als Sicherheits- und Wirtschaftsinteresse	19

4 | Innere Sicherheit 20

4.1	Ausweisung, Abschiebung und Ausbürgerung	21
4.2	Vollstreckung im Ausland	21
4.3	Jugendstrafrecht	21
4.4	Reform der Polizei	22
4.5	Bessere Fahndungsmöglichkeiten	22
4.6	Organisierte Kriminalität bekämpfen	22
4.7	Abmahnvereine abschaffen	23
4.8	Inkassokosten deckeln	23
4.9	Sichere Identifizierung von Asylbewerbern ermöglichen	23

5 | Asyl braucht Grenzen: Zuwanderung und Asyl 24

5.1	Die demographischen Probleme Europas und Afrikas	25
5.2	Zuwanderung muss nach unseren Regeln stattfinden	25
5.3	Die Türkei gehört nicht in die EU	26
5.4	Keine weitere Einwanderung in die Sozialsysteme	26
5.5	Zuflucht in der Herkunftsregion statt ungebremster Massenmigration nach Deutschland	27
5.6	Kein Familiennachzug in unsere Sozialsysteme	27
5.7	Die Kosten für unbegleitete minderjährige Ausländer explodieren	28
5.8	Integration ist die Aufgabe des Einwanderers, nicht „der Gesellschaft“	29

6 | Der Islam im Konflikt mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung 30

7 | Willkommenskultur für Kinder: Familien und Bevölkerungsentwicklung 33

7.1	Schutz des ungeborenen Lebens	34
7.2	Für eine familien- und kinderfreundliche Politik, damit Deutschland sich nicht abschafft!	34
7.3	Mut zu Kindern: Familien müssen gefördert werden	35
7.4	Kinder willkommen heißen!	35
7.5	Für ein klares Familienbild – Gender-Ideologie ist verfassungsfeindlich	35
7.5.1	Gender-Ideologie raus aus den Schulen – Frühsexualisierung stoppen	36
7.5.2	Steuerverschwendung durch „Gender-Forschung“ beenden	36

8 | Bildung und Schule: Mut zur Differenzierung 37

8.1	Mehrgliedriges Schulsystem erhalten	38
8.2	Berufliche Bildung stärken: Meister statt Master	38
8.3	Keine ideologisch motivierte Inklusion: Förder- und Sonderschulen erhalten	39
8.4	Folgen der Massimmigration: Nicht auf dem Rücken der Schüler	39
8.5	Keine ideologische Beeinflussung an der Schule: Die Neutralität der Schule muss gewahrt bleiben	39
8.6	Traditionelle Familienwerte statt Frühsexualisierung	39
8.7	Keinen bekenntnisgebundenen Islamunterricht an deutschen Schulen!	39
8.8	Keine Sonderrechte für Muslime an unseren Schulen!	40
8.9	Kein Koranunterricht an verfassungsfeindlichen Moscheevereinen	40
8.10	Bologna ist gescheitert: Diplom und Magister wieder einführen	40
8.11	Autonomie der Hochschulen stärken: Freiheit von Forschung und Lehre bewahren	40

9 | Kultur und Medien 41

9.1	Deutsche Leitkultur statt „Multikulturalismus“	42
9.2	Die deutsche Sprache als Zentrum unserer Identität	42
9.3	Ideologiebesetzte kulturpolitische Vorgaben des Staates beseitigen	42
9.4	Bekenntnis zur Kulturhoheit der Länder – keine „politisch korrekte“ Kunst und Kultur!	43
9.5	Medien: Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk reformieren und verschlanken	43
9.6	Das Internet als Ort der freien Meinungsäußerung erhalten	43

10 | Steuern und Finanzen, Wirtschaft und Arbeit 44

10.1	Steuern	45
10.2	Haushaltspolitik	46
10.3	Soziale Arbeitswelt	46
10.4	Arbeitslosigkeit und Qualifikation für Langzeitarbeitslose	47
10.5	Wirtschaftspolitik durch Abbau bürokratischer Hindernisse	47
10.6	Gesicherte Einlagen bei Bankinsolvenzen	47

11 | Sozialpolitik 48

11.1	Sozialpolitik und Zuwanderung	49
11.2	Benachteiligung von Familien beseitigen und Kinderarmut bekämpfen	49
11.3	Grundsätzliches zur Rente	50
11.4	Rente und Lebensarbeitszeit	50
11.5	Rente und versicherungsfremde Leistungen	50
11.6	Doppelbesteuerung der staatlichen Rente vermeiden	51
11.7	Grundsicherung im Alter: Wer gearbeitet hat, muss später mehr haben	51
11.8	Gerechtigkeit beim Arbeitslosengeld	51
11.9	Paritätische Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung	51

12 | Unser Gesundheitssystem ist in Gefahr 52

12.1	Finanzierung der Gesundheit – grundlegende Probleme beseitigen	53
12.2	Ärztliche Versorgung auf dem Land sicherstellen	53
12.3	Dem „Pflegerotstand“ entgegenwirken	53
12.4	Stationäre Versorgung durch Investitionen sicherstellen	54
12.5	Krankenhaus-Notfallambulanzen entlasten	54
12.6	Ambulante Versorgung durch ein Hausarztssystem optimieren	54
12.7	Ärzte und Therapeuten überwiegend in Deutschland ausbilden	54
12.8	Das deutsch-türkische Sozialversicherungsabkommen kündigen	55
12.9	Gesundheitskarte und E-Health-Gesetz	55
12.10	Alternative Medizin als Ergänzung traditioneller Medizin	55

13 | Schluss mit der Technologiefeindlichkeit: Energie und Klima 56

13.1	Klimawandel	57
13.2	Energiepolitik	57
13.3	Land der Tüftler und Denker: Technologie fördern	58

14 | Verkehrswege erhalten und ausbauen, Wohnungsbau verstärken, ländlichen Raum entwickeln 60

14.1	Verkehr	61
14.2	Wohnungsbau	61
14.3	Den ländlichen Raum stärken	62

15 | Umwelt-, Natur- und Tierschutz, Verbraucherschutz und Landwirtschaft 63

15.1	Wasserversorgung gehört in die öffentliche Hand	64
15.2	Ausbau der Windenergie stoppen	64
15.3	Lärmschutz verbessern	64
15.4	Verbraucherschutz	64
15.5	Tierschutz: Tierquälerei verbieten	65
15.6	Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft	65
15.6.1	Regionalisierung und Direktvermarktung	65
15.6.2	Alte Kultursorten erhalten	65
15.6.3	Rahmenbedingungen für Kleingärten und Kleintierhaltungen verbessern	66

 KAPITEL 1

Wiederherstellung der Demokratie in Deutschland

1.1 Ohne Volkssouveränität keine Demokratie

Wir wollen Deutschland reformieren und an die Prinzipien und Wurzeln anknüpfen, die zu seinem jahrzehntelangen sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg geführt haben. Die Rechtsstaatlichkeit, insbesondere die Gewaltenteilung, muss wiederhergestellt und der Staat seine eigentlichen Kernaufgaben, insbesondere die Innere Sicherheit, wieder gewährleisten können. Mit den Verträgen von Schengen, Maastricht und Lissabon wurde rechtswidrig in die unantastbare Volkssouveränität eingegriffen. Ein Staat, der das Grenzregime und damit die Hoheit über sein Staatsgebiet aufgibt, löst sich auf. Er verliert seine Eigenstaatlichkeit.

Wir wollen den souveränen, demokratischen Nationalstaat erhalten!

Die AfD steht für die Freiheit und Selbstbestimmung der europäischen Nationen. Das bedeutet, dass alle Nationen das Recht haben, sich in souveränen Staaten zu organisieren. Als solche können sie völkerrechtliche Verbindungen eingehen und gemeinsame Interessen als Staatengemeinschaft wahrnehmen. In Europa war dies über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft erfolgreich gelungen. Der Versuch, über die Verträge von Maastricht (1991) und Lissabon (2008) einen „Staatenverbund“ zu schaffen, wie das Bundesverfassungsgericht diese vorbildlose Konstruktion nennt, muss als gescheitert betrachtet werden.

Stattdessen werden durch die EU, die den Anspruch erhebt, kontinentaler Staat zu werden, die existierenden, demokratischen Nationalstaaten in ihrer Funktion einge-

schränkt bzw. dauerhaft zerstört. Es gibt weder ein europäisches Staatsvolk, das für ein solches Vorhaben konstitutiv wäre, noch ist erkennbar, dass sich ein solches auf absehbare Zeit herausbildet. Kulturen, Sprachen und nationale Identitäten sind durch Jahrhunderte dauernde geschichtliche Entwicklungen entstanden. Sie stellen für ihre Angehörigen unverzichtbare Identifikationsräume dar, die nur in nationalen Staaten mit demokratischer Verfassung wirkungsvoll ausgestaltet werden können. Nur hier kann Volkssouveränität gelebt werden, die Mutter und das Herzstück der Demokratie.

1.2 Zurückführung der Europäischen Union in einen Staatenbund souveräner Staaten

Das bestehende „Lissabon-Europa“ ist daher zurückzuführen zu einer Organisation von Staaten, die auf der Basis völkerrechtlicher Verträge ihre Interessen und Aufgabenwahrnehmung definieren. Nicht rückholbare Souveränitätsverzicht der Staaten dürfen mit einer solchen Konstruktion nicht verbunden werden. Ähnlich wie heute im Europäischen Vertrag (EUV) in Art. 50 vorgesehen, behält sich jeder Staat ein Austrittsrecht vor.

Sofern eine solche Konzeption mit den derzeitigen Partnern der EU nicht einvernehmlich auszuhandeln ist, ist Deutschland gezwungen, dem Beispiel Großbritanniens zu folgen und aus der bestehenden EU auszutreten.

Die Schaffung neuer überstaatlicher Vereinbarungen bleibt vorbehalten und wird aufgrund nationalstaatlicher Souveränität erst ermöglicht.

1.3 Das Volk muss wieder zum Souverän werden

Heimlicher Souverän in Deutschland ist eine kleine, machtvolle politische Oligarchie, die sich in den bestehenden politischen Parteien ausgebildet hat. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten. Es hat sich eine politische Klasse herausgebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt. Diese Oligarchie hat die Schalthebel der staatlichen Macht, der politischen Bildung und des informationellen und medialen Einflusses auf die Bevölkerung in Händen. Die stetigen Verletzungen der Prinzipien der deutschen Staatlichkeit gipfeln in der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung von CDU / CSU und SPD. Die Volksvertreter haben sich den grundgesetzlich garantierten Parlamentsvorbehalt für alle wichtigen Entscheidungen im Staat nehmen lassen und die über Ihre Köpfe hinweg getroffenen rechts- und verfassungswidrigen Entscheidungen zur Zuwanderung klaglos hingenommen. Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland kann durch das Mittel der unmittelbaren Demokratie diesen illegalen Zustand beenden.

1.4 Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild

Die AfD fordert Volksentscheide nach Schweizer Vorbild auch für Deutschland.

Wir wollen dem Volk das Recht geben, den Abgeordneten auf die Finger zu schauen und vom Parlament beschlossene Gesetze zu ändern oder abzulehnen. Dies würde in kürzester Zeit die Flut der oftmals unsinnigen Gesetzesvorlagen nachhaltig eindämmen und die Parlamente zu sorgfältiger

Arbeit zwingen. Ein mäßiger Einfluss auf Beschlüsse der Abgeordneten in eigener Sache – etwa Diäten-, Fraktions- und Parteienfinanzierung und die Finanzierung von „parteinahen“ Stiftungen – wäre dadurch gewährleistet. Das Volk soll auch die Möglichkeit erhalten, eigene Gesetzesinitiativen einzubringen und per Volksabstimmung zu beschließen.

Ohne Zustimmung des Volkes darf das Grundgesetz nicht geändert und kein bedeutsamer völkerrechtlicher Vertrag geschlossen werden. Die deutschen Bürger sind der Zahlmeister Europas. Entgegen aller früheren Beteuerungen haften wir für die jährlich wachsenden Schulden anderer EU-Länder. Dies ist ein schicksalhafter politischer Wortbruch, der die heute lebenden Bürger und mehrere nachfolgenden Generationen in große Existenznot bringen wird.

Das deutsche Volk soll deshalb nach dem britischen Vorbild über den Verbleib Deutschlands in der Eurozone und gegebenenfalls der EU abstimmen!

Im Gegensatz zur CDU und ihrer Kanzlerin halten wir das deutsche Volk für ebenso mündig wie das der Schweizer, der Briten, der Franzosen, der Italiener und der Niederländer. Entgegen anderslautender Behauptungen entscheiden Bürger in Schicksalsfragen der Nation weitsichtiger und gemeinwohlorientierter als macht- und interessengeleitete Berufspolitiker. Das ist die Lehre aus der Wiedervereinigung, aus der Ablehnung des „EU-Verfassungsvertrags“ durch das französische und das niederländische Volk und der Entscheidung der Engländer, aus der Lissabon-Union auszutreten.

Wir sind der Auffassung, dass die vielfältigen politischen Probleme Deutschlands mutiger Weichenstellungen bedürfen.

1 Nach unserer Überzeugung können die fundamentalen Kri- 1
 2 sen von Währung, Energieversorgung und Migration sowie 2
 3 die Konfrontation mit dem Islam alleine weder von der 3
 4 Regierung noch vom Bundestag tragfähig bewältigt werden. 4
 5 Ohne eine unmittelbare Mitbestimmung der Bürger kann 5
 6 und darf dies auch nicht geschehen. 6

7
 8 *Die Einführung von Volksabstimmungen nach Schweizer*
 9 *Modell ist für die AfD deshalb nicht verhandelbarer Inhalt*
 10 *jeglicher Koalitionsvereinbarungen.*

12 **1.5 Die Gewaltenteilung gewährleisten**

13
 14 Zahlreiche Gesetze haben die Gewaltenteilung in Deutsch-
 15 land über die Jahre erodieren lassen und zu einer über-
 16 bordenden Staatsgewalt geführt: Ehemalige Politiker auf
 17 Richterstühlen, Abgeordnete die zugleich Kanzler, Minis-
 18 terpräsident oder Minister sind und sich insoweit selbst
 19 kontrollieren, sowie parteipolitische Netzwerke, die durch
 20 verbotene Ämterpatronage entstehen, können nicht länger
 21 toleriert werden.
 22
 23
 24

25 **1.6 Trennung von Amt und Mandat und Kampf** 26 **der Ämterpatronage**

27
 28 Kanzler, Ministerpräsidenten, Minister und parlamen-
 29 tarische Staatssekretäre dürfen nicht mehr zugleich Abge-
 30 ordnete sein. Die Funktionen von „politischen Beamten“ in
 31 der Staatsverwaltung wollen wir abschaffen von Ministeri-
 32 aldirektoren bis zu Polizeipräsidenten. Die Mitarbeiter der
 33
 34

öffentlichen Verwaltung haben unabhängig und loyal zu
 sein. Beamten- und Richterstellen sind ausschließlich nach
 Qualifikation und fachlicher Leistung zu besetzen (Art. 33,
 Abs. 2 GG). Die „Parteibuchwirtschaft“ muss beendet wer-
 den. Ämterpatronage ist unter Strafe zu stellen.

7 **1.7 Macht der Parteien beschränken**

8
 9 Parteien sollen am politischen System mitwirken (Art. 21,
 10 Abs. 1 GG), es aber nicht beherrschen. Die Allmacht der Par-
 11 teien und deren Ausbeutung des Staates gefährden unsere
 12 Demokratie. Diese Allmacht ist auch Ursache der verbreite-
 13 ten Politikverdrossenheit und der freiheitsbeschränkenden
 14 „politischen Korrektheit“ sowie des Meinungsdictats in allen
 15 öffentlichen Diskursen. Die Loyalität der Abgeordneten gilt
 16 eher den Parteivorständen als den Bürgern, in deren Auftrag
 17 sie in erster Linie zu handeln haben.
 18

19 **1.8 Direktwahl des Bundespräsidenten**

20
 21 Derzeit wird der Bundespräsident in der Bundesversamm-
 22 lung vorgeschlagen und gewählt. Die Auswahl des Kandida-
 23 ten findet hinter verschlossenen Türen durch Absprachen
 24 der Parteien statt. Diese Kungelei beschädigt die Würde des
 25 Amtes und schmälert die Akzeptanz des Staatsoberhauptes
 26 durch das Volk.
 27

28 *Wir wollen den Bundespräsidenten deshalb direkt durch*
 29 *das Volk wählen lassen.*

30
 31 Dafür ist der Art. 54 des Grundgesetzes entsprechend zu
 32 ändern.
 33
 34

1.9 Parteienfinanzierung dem Verfassungsrecht anpassen

Mit der Parteienfinanzierung haben sich die etablierten Parteien ab 1954 eine ständig wachsende Finanzausstattung verschafft. Die „staatliche Teilfinanzierung“ in Höhe von jährlich ca. 160 Millionen Euro wird durch eine verdeckte Parteienfinanzierung von mittlerweile über 600 Millionen Euro bei weitem übertroffen. So halten wir zum Beispiel die für jeden Bundestagsabgeordneten zur Verfügung stehende „Mitarbeiterpauschale“ von 20.000 Euro monatlich für deutlich überhöht. Hier wird keine wissenschaftliche Beratung geleistet, sondern eine Armee von Parteisoldaten bezahlt.

Die AfD will die staatliche Parteienfinanzierung neu regeln und deutlich reduzieren.

Alle Mittel der Parteienfinanzierung sollen entgegen derzeitiger Praxis der unbeschränkten Kontrolle der Rechnungshöfe unterliegen. Unabdingbar ist auch eine restriktive und Korruption vermeidende Neuordnung der Spendenregelungen. Ferner soll den deutschen Parteien endlich die Beteiligung an Unternehmen, insbesondere Medienunternehmen, sowie die Annahme von Firmenspenden verboten werden.

1.10 Freie Listenwahl und freies Mandat

Die politische Klasse Deutschlands hat das Wahlrecht und die Wahlverfahren im Lauf der Zeit immer perfekter ausgenutzt und angepasst, um den Einfluss des Volkes auf die Bewerberauswahl zu minimieren. Dem Wähler werden starre Wahllisten der Parteien zum Ankreuzen vorgelegt. Über die „sicheren Listenplätze“ bestimmen die Parteivorstände de facto die Zusammensetzung des Parlaments.

Mit einer demokratischen Gestaltung des Wahlsystems will die AfD dem Wähler die Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Parlamente zurückgeben.

Wir treten für die „freie Listenwahl“ ein, mit der Möglichkeit des Kumulierens, Panaschierens und Streichens von Kandidaten.

Ferner wollen wir eine deutliche Verringerung der etwa 2.500 Parlamentarier Deutschlands mitsamt dem zugehörigen Verwaltungsapparat. Ein Bundestagsabgeordneter vertritt etwa 128.000 Einwohner, in den USA beträgt das Verhältnis 1:600.000. Wir wollen eine Verkleinerung des fast 700 Abgeordnete umfassenden Bundestags auf unter 500.

1.11 Wider das Berufspolitikertum: Amtszeit begrenzen

Die ungebrochene Tendenz zum Berufspolitikertum hat der Monopolisierung der Macht Vorschub geleistet und die unübersehbare Kluft zwischen Wählern und Gewählten stetig vergrößert. Vetternwirtschaft, Filz, korruptionsfördernde Strukturen und Lobbyismus sind die Folge.

Um unser Ideal des Bürgerabgeordneten herzustellen, fordern wir eine Mandatszeitbegrenzung für Abgeordnete auf vier und für den Bundeskanzler auf zwei Legislaturperioden.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

1.12 Lobbyismus eindämmen

Wir wollen, dass Bundestagsabgeordnete ihre volle Arbeitskraft der parlamentarischen Arbeit widmen. Das Mandat darf nicht unter bezahlten Nebentätigkeiten leiden. Der überbordende Lobbyismus in Brüssel und Berlin muss eingedämmt werden. Wir wollen die Regelungen der Nebentätigkeiten für Parlamentarier und gegen Abgeordnetenbestechung deutlich verschärfen. Unseren eigenen Abgeordneten haben wir bereits jetzt über unsere Satzung entsprechende Regeln auferlegt. Ferner setzen wir uns für ein Lobbyisten-Gesetz mit konkreten Rechten, Pflichten und Sanktionen für Mandatsträger und Lobbyisten ein, das vorbildlichen Regelungen anderer Demokratien entspricht.

1.13 Private Rentenvorsorge für Parlamentarier

Bundestagsabgeordnete zahlen derzeit keine Rentenbeiträge und erhalten nach wenigen Jahren bereits eine Altersversorgung, die ein Arbeitnehmer mittleren Einkommens nicht einmal nach 45 Beitragsjahren erreichen kann. Die AfD möchte das kostspielige und den Steuerzahler übermäßig belastende Versorgungsmodell für Abgeordnete grundlegend reformieren und es auf ein System privater Altersvorsorge umstellen.

1.14 Einführung eines Straftatbestands der Steuerverschwendung

Während Steuerhinterziehung auch vergleichsweise kleiner Beträge in Deutschland konsequent verfolgt und bestraft wird, bleibt die weit mehr gemeinwohlschädliche Steuerverschwendung straffrei. Horrende Baukostenüberschreitungen, unsinnige Beschaffungsmaßnahmen und verschwenderische Prestigeprojekte von Amtsträgern und Behördenleitern bleiben nach der gegenwärtigen Rechtslage weitgehend straffrei.

Die AfD fordert daher die Einführung eines neuen Straftatbestands der Haushaltsuntreue.

Die Regelung soll die Rechte der Steuerzahler stärken und die Bestrafung von groben Fällen der Steuerverschwendung durch Bedienstete und insbesondere herausgehobene Amtsträger ermöglichen.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

Der EURO ist gescheitert: Währung, Geld- und Finanzpolitik

2.1 Die weitere Mitgliedschaft in der Eurozone ist für Deutschland unbezahlbar

Die Geschaftgrundlage des Euro war: keine Haftung für die Schulden anderer Länder und keine Staatsschulden über 60 % des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts. Diese Regeln sind zerstört worden.

Deshalb muss Deutschland die Transferunion aufkündigen und den Euroraum verlassen.

2.2 Beendigung der Sparer und Rentner enteignenden Politik der EZB

Die EZB sollte eine zweite Bundesbank sein. Stattdessen betreibt sie eine Währungspolitik der unwirtschaftlichen Zinsen (Nullzinspolitik). Dies zerstört alle kapitalgedeckten Alterssicherungssysteme von Betriebsrenten, über staatlich geförderte Rentensysteme, private Lebensversicherungen bis zu privaten Sparvermögen. Seit dem Amtsantritt von Gouverneur Draghi fehlen rund 500 Mrd. Euro für die Altersvorsorge der Deutschen. Die AfD fordert die Durchsetzung des vertraglichen Verbots der Staatsfinanzierung und eine Rückführung der Befugnisse der EZB auf Geldpolitik im engeren, klassischen Sinn. Alle Manahmen der EZB zur Manipulation des freien Kapitalmarkts müssen eingestellt werden. Eine Politik der künstlich herbeigeführten Null- und Negativzinsen führt zur Zerstörung der zentralen Märkte für Anleihen. Die durch die EZB-Politik verursachte Wechselkursabwertung und die Preisexplosion am Aktien- und Immobilienmarkt zerstören die Kaufkraft von nicht so schnell steigenden Einkünften, wovon insbesondere Arbeitnehmer und Rentner betroffen sind.

Während die Bundesbank nur einmal in 50 Jahren Staatsanleihen gekauft hat, ist das für die EZB das tägliche „Geschaftmodell“. Ende 2016 wird sie über 2 Billionen staatliche und private Anleihen erworben haben. Eine solche „Rotation der Gelddruckmaschine“ ist nach den europäischen Verträgen verboten.

Der Euro ist für ein Wirtschaftsgebiet mit völlig unterschiedlich leistungsfähigen Volkswirtschaften eine Fehlkonstruktion. Nach achtzehn Jahren Spannungsaufbau kann die Gemeinschaftswährung nur noch über permanente und weitgehend deutsche Haftungsübernahmen aufrechterhalten werden. Dies ist keine Basis für die gedeihliche Entwicklung der Volkswirtschaften der Euroländer. Die Folge ist eine dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit im Süden Europas. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt derzeit (Oktober 2016) in Spanien und Griechenland bei über 40 %, in Italien bei über 35 % und in Frankreich bei über 25 %. Es entwickeln sich „verlorene Generationen“. Die Völker Europas werden diese Entwicklung nicht klaglos hinnehmen und sich zu Recht gegen die politischen Eliten auflehnen.

Die suprastaatliche Rettungspolitik verletzt geltendes Recht, darunter das Verbot der Staatsfinanzierung durch die EZB und das Verbot der Haftung für Schulden anderer Mitgliedstaaten (Art. 123 und 125 AEUV). Die Rettungspolitik bricht alle den Wählern seit den 1990er-Jahren gegebenen Zusicherungen zur „niemals zugelassenen Haftung Deutschlands für Fremdschulden“.

Willkürliche „Rettungsmanahmen“ zugunsten einzelner Banken und Unternehmen oder gar eine „EU-Wirtschaftsregierung“ lehnen wir ab.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

1 Dies sind vertragswidrige Eingriffe in die Marktwirtschaft
2 und in die demokratischen Entscheidungsstrukturen der
3 beteiligten Nationalstaaten.

4
5 Die AfD ist sich bewusst, dass die Rückabwicklung einer
6 fast 20 Jahre zurückliegenden Fehlentscheidung finanziell
7 schwierig sein wird. Solche Kosten werden jedoch niedriger
8 sein als die eines weiteren Verbleibs im Eurosystem, da des-
9 sen weitere Entwicklung bezüglich der Fremdhftung und
10 der Zinseinbuen unabsehbar und daher nicht zu begrenzen
11 ist.

12 **2.3 Erhalt des Bargelds**

13
14
15 Unser Bargeld ist in Gefahr. Mit Unterstützung von Bun-
16 desregierung, Internationalem Währungsfonds und Euro-
17 paischer Zentralbank wird seine schleichende Abschaffung
18 vorbereitet.

19
20 *Die AfD fordert den dauerhaften Erhalt der uneinge-*
21 *schränkten Bargeldnutzung als wichtiges bürgerliches*
22 *Freiheitsrecht.*

23
24 Mit der Abschaffung des Bargelds würde die Rolle des
25 Gelds als unantastbarer und gebuhrenfreier Wertspeicher
26 eingeschränkt. Eine Abschaffung des Bargelds macht für den
27 Krisenfall die Enteignung von Kontoinhabern möglich. Bar-
28 geld ist ein natürliches Bollwerk gegen eine weitere Absen-
29 kung der Zinsen bis in den negativen Bereich.

30
31 Ein Bargeldverbot würde bedeuten, dass Zahlungsvorgan-
32 ge nur noch elektronisch stattfinden können. Dies eröffnet
33 Staat und Banken die totale Kontrolle über alle Geldströme
34 und Wirtschaftsaktivitäten, über jede finanzielle Handlung

der Bürger, unter Umständen sogar über deren Aufenthalts-
orte. Aus dem gläserne Bankkunden würde der gläserne
Mensch – Volluberwachung bis hinein in private, ja intime
Lebensbereiche. Mit einem freiheitlichen Rechtsstaat sind
solche Kontrollmöglichkeiten nicht vereinbar.

2.4 Keine deutsche Haftung für ausländische Banken

Die AfD verlangt, dass die deutschen Banken etwaige
Haftungen auf die nationale Ebene begrenzen und wie bisher
eigene Verbundlösungen schaffen können, die den unter-
schiedlichen Profilen der Bankengruppen Rechnung tragen.

Wir wenden uns gegen jegliche Versuche der europäi-
schen Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken, insbeson-
dere aus Bankgeschäften.

Die „Bankenunion“ wäre ein weiterer Schritt in die von
der AfD abgelehnte Haftungs- und Transferunion. Wir
treten dafür ein, die nationale Souveränität über die Ban-
ken- und Finanzdienstleistungen wiederherzustellen; dieser
Wirtschaftsbereich ist für ein reibungsloses Funktionieren
unserer Volkswirtschaft lebenswichtig.

Die grenzüberschreitende Haftung der deutschen Banken
für alle anderen EU-Banken muss ausgeschlossen bleiben.

Als Sofortmanahme, noch vor einem „D-Exit“, fordert
die AfD darum die Bundesregierung und die Deutsche
Bundesbank auf, die politisch bislang geduldete Uberbean-
spruchung des Verrechnungskontos „Target-2“ zu beenden.

1 Derzeit hat die Bundesbank offene Forderungen in Hohede von
2 mindestens 790 Milliarden Euro gegenüber der EZB, deren
3 Beitreibung mangels hinterlegter Sicherheiten ungewiss ist.

4
5 Bis zum Ausstieg aus dem Euro sind diese gefährdeten
6 Target-2-Forderungen der Bundesbank abzuschmelzen,
7 jährlich an Stichtagen glattzustellen oder mit Sicherheiten zu
8 unterlegen.

9 **2.5 Mit uns ist Ihr Geld sicher: Absicherung der** 10 **Bürger gegen eine Eurokrise**

11
12
13 Deutschland muss auch in einem plötzlichen wahrungspo-
14 litischen Krisenfall handlungsfähig sein.

15
16 *Wir wollen deshalb für die Wiedereinführung einer neuen*
17 *nationalen Währung („Deutsche Mark“) rechtzeitig Vor-*
18 *kehrungen treffen*

19
20 Für den Fall einer Verschärfung der Finanzkrise wollen wir
21 schon jetzt vorsorglich ein gesetzliches Manahmenpaket
22 auf den Weg bringen.

23
24 Das im Ausland gelagerte Gold der Bundesbank muss voll-
25 ständig und umgehend nach Deutschland überführt werden.

26 Bei der Wiedereinführung der Deutschen Mark könnte
27 Deutschland das Gold als temporäre Deckungsoption beno-
28 tigen.

29
30
31
32
33
34

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

Außen- und Sicherheitspolitik: Deutsche Interessen durchsetzen

3.1 Außenpolitik muss sich an deutschen Interessen ausrichten

Deutschland ist als eine der bedeutenden Wirtschaftsnationen der Welt daran interessiert, zu allen Staaten gute Beziehungen zu pflegen und das friedliche Zusammenleben der Völker zu fördern. Die AfD bekennt sich zu den Werten der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts. Wir setzen uns für eine an deutschen Interessen ausgerichtete Außenpolitik ein.

Deutschland braucht eine nationale Sicherheitsstrategie, die der Problemlage angepasst ist. Als Gestaltungsmacht innerhalb der Staatengemeinschaft kann unser Land zur Krisenprävention und friedlichen Lösung von Konflikten beitragen.

Die Zukunft Europas liegt nicht in der EU in ihrem jetzigen Zustand und auch nicht in ihrer weiteren Zentralisierung, sondern in einem Europa souveräner Staaten, die partnerschaftlich zusammenarbeiten.

Die AfD tritt dafür ein, die Vereinten Nationen so zu reformieren, dass den veränderten Gewichtungen in der Welt Rechnung getragen wird.

Wir streben einen ständigen Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat sowie die Abschaffung der gegen Deutschland gerichteten Feindstaatenklausel in der Charta der Vereinten Nationen an.

Die AfD fordert eine strikte Einhaltung des Nichteinmischungsgrundsatzes in innere Angelegenheiten von Staaten, auch durch nichtstaatliche Akteure. Die AfD setzt sich

dafür ein, dass die Rolle der OSZE bei der Stabilisierung von Krisenregionen in Europa und seiner Peripherie ausgebaut wird.

Der internationale islamische Terrorismus ist eine ernste Bedrohung der westlichen Staatengemeinschaft. Seine Entstehung und Ausbreitung muss mit allen zur Verfügung stehenden legalen Mitteln bekämpft werden.

Wir müssen die Stabilität von Staaten im Interesse unserer Sicherheit und nicht im Namen von Demokratie und Moral unterstützen.

3.2 Das Verhältnis zu wichtigen Staaten ändert sich

Die USA sind der wichtigste Bündnispartner Deutschlands. Leitbild einer interessensgeleiteten deutschen Außen- und Sicherheitspolitik ist die Gleichberechtigung beider Partner. Die zunehmende Fokussierung der USA auf den pazifischen und ostasiatischen Raum erfordert eine autonome deutsche Sicherheitsstrategie.

Im Einklang mit den langjährigen Forderungen der USA nach einer gerechten Verteilung der Lasten und den europäischen Bestrebungen nach mehr Mitsprache in der NATO ist es nur folgerichtig und in deutschem Interesse, den europäischen Einfluss in der NATO zu stärken. Die NATO ist ein Verteidigungsbündnis. Die Landesverteidigung ist durch die europäischen Staaten weitgehend eigenständig zu gewährleisten.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

1 *Die Schaffung einer EU-Armee oder den Einsatz deu-*
2 *scher Streitkräfte für fremde Interessen lehnt die AfD ab.*

3
4 Eine Entspannung im Verhältnis zu Russland ist für die
5 AfD Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden in Europa.
6 Es liegt im deutschen Interesse, Russland in eine sicherheits-
7 politische Gesamtstruktur einzubinden, ohne eigene Interes-
8 sen und die unserer Bündnispartner außer Acht zu lassen.

9
10 *Die AfD tritt für die Beendigung der Sanktionspolitik ein.*
11 *Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland sollte*
12 *vielmehr vertieft werden.*

13
14 Die Beziehungen zur Türkei sind dagegen erschüttert und
15 müssen neu gestaltet werden.

16
17 Die Türkei gehört aufgrund ihrer Kultur und Religion nicht
18 zu Europa. Die aktuellen politischen Entwicklungen geben
19 Anlass zur Sorge auch im Hinblick auf die NATO-Mitglied-
20 schaft und zeigen, dass sich die Türkei immer weiter von
21 Europa und der westlichen Wertegemeinschaft entfernt.

22
23 *Die AfD lehnt den Beitritt der Türkei zur EU ab und for-*
24 *dert das sofortige Ende aller Beitrittsverhandlungen.*

25 **3.3 Deutschland muss sich selbst verteidigen**

26
27
28 Die AfD fordert die Rückkehr der Streitkräfte zur Einsatz-
29 bereitschaft. Deren Aufgaben ergeben sich aus dem Grund-
30 gesetz und der Bedrohungslage. Derzeit genügt die Bundes-
31 wehr diesem Anspruch weder strukturell und personell noch
32 materiell. Das ist angesichts der gegenwärtigen Bedrohung
33 Europas und der geopolitischen Neuausrichtung der USA
34 gefährlich und daher inakzeptabel.

Die deutschen Streitkräfte sind so zu reformieren, dass
deren Einsatzbereitschaft auch bei Einsätzen mit höchster
Intensität gewährleistet ist. Dazu sind umfangreiche struk-
turelle, personelle und materielle Veränderungen unabding-
bar.

Die Wehrpflichtarmee hat der Bundesrepublik Deutsch-
land über mehr als fünf Jahrzehnte gute Dienste geleistet.
Rechtfertigung der Wehrpflicht ist die Bedrohungslage, die
sich in absehbarer Zeit nicht ändern wird. Die allgemeine
Wehrpflicht verwurzelt die Streitkräfte in der Gesellschaft.
Dazu könnte der Wiederaufbau von Heimatschutzkräften
oder ein Milizsystem nach Schweizer Vorbild mit kurzer
Präsenzpflicht geeignet sein.

Die AfD fordert die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht

3.4 Die AfD fordert eine nationale Sicherheitsstrategie

Die AfD plädiert für einen ganzheitlichen Ansatz beim
Schutz von Staat, Wirtschaft und Bürgern. Dazu gehören
sowohl militärische als auch zivile Komponenten. Wissens-
und Technologiediebstahl muss verhindert werden. Im
Zeitalter hybrider Bedrohungen und von „Cyberangriffen“
durch staatliche und nichtstaatliche Akteure sowie durch
Terrorismus gewinnt eine zivil-militärische Zusammenarbeit
an Bedeutung. Die gesamte Versorgung und Verwaltung des
Landes hängen von einer widerstandsfähigen Infrastruktur
ab. Staat und Bürger müssen gegen gewaltbereite Akteure,
die sich bereits legal oder illegal im Land befinden, geschützt
werden. Zu erreichen ist dies durch neue dezentralisierte
Strukturen mit zentraler Koordination und allzeit verfügbare
schnelle Reaktionskräfte.

1 *Um diese Ziele zu erreichen, fordert die AfD eine nationale*
2 *Sicherheitsstrategie.*

3
4 Die AfD betrachtet das Schengen-Abkommen als geschei-
5 tert, da eine wirksame Kontrolle der Außengrenzen nicht
6 gegeben ist.

7
8 *Deshalb muss ein deutscher Grenzschutz aufgebaut wer-*
9 *den, der die Staatsgrenzen zu schützen vermag, wobei der*
10 *freie Personen- und Güterverkehr zu gewährleisten ist.*

11 **3.5 Deutschland soll seine wirtschaftlichen** 12 **Stärken ausbauen**

13
14
15 Die AfD fordert die Wahrnehmung deutscher Wirtschaftsinteressen im gleichen Maß, wie auch andere Länder ihre eigenen Interessen vertreten. Die Förderung der Außenwirtschaft muss auf Regierungsebene hohe Priorität genießen.

16
17
18 *Die AfD fordert den diskriminierungsfreien Zugang zu aus-*
19 *ländischen Import- und Exportmärkten für deutsche Unter-*
20 *nehmen. Dazu gehören auch der Zugang zu Rohstoffen un-*
21 *die Freiheit der Handelswege.*

22
23
24
25 Verlässliche Handelsregeln zu erhalten und nach den Interessen unseres Landes weiterzuentwickeln ist Kernaufgabe deutscher Außenwirtschaftspolitik.

26
27
28
29 Wir fordern außerdem, die Übernahmen deutscher Unternehmen durch ausländische stärker unter dem Gesichtspunkt deutscher wirtschaftlicher Interessen zu kontrollieren und gegebenenfalls zu unterbinden. Dies gilt insbesondere, wenn staatlich kontrollierte ausländische Unternehmen beteiligt sind oder der Abfluss wichtiger Technologien zu befürchten ist.

1 *Der Ausverkauf von Wissen, das in unserem Land von*
2 *Generationen aufgebaut wurde, muss beendet werden.*

3
4 Die Anmaßung supranationaler Gerichte ist zu beenden.
5 Wenn deutsche Unternehmen im Ausland mit Strafzahlun-
6 gen in volkswirtschaftlichen Dimensionen bedroht werden,
7 werden wir auf der politischen Ebene gegen solche gezielte
8 Zerstörung deutscher Unternehmen intervenieren.

9
10 Die Interessen unserer Bürger im Gesundheits- und Ver-
11 braucherschutz, im Tier- oder Naturschutz müssen in einer
12 globalisierten Welt vertreten werden. Dafür brauchen wir
13 hohe Schutzstandards und einen eindeutigen Umgang mit
14 unterschiedlichen Standards.

15
16 Wir wollen multilaterale Handelsabkommen im Rahmen
17 der Welthandelsorganisation (WTO). Bilaterale Handelsver-
18 träge sollen nur abgeschlossen werden, wenn multilaterale
19 Handelsverhandlungen nicht durchführbar sind. Investiti-
20 onsschutzverträge sollen nur abgeschlossen werden, wenn
21 sie auch deutsche Unternehmen gegen unsichere Rechtsver-
22 hältnisse absichern. Alle Abkommen müssen in transparen-
23 ten Verfahren verhandelt werden.

24
25 *Die AfD lehnt aus den dargelegten Gründen CETA, TISA*
26 *und TTIP ab.*

27
28 Dort, wo im Freihandel die Märkte versagen, soll die Han-
29 delspolitik korrigierend eingreifen. Mit einer strategischen
30 Handelspolitik nehmen wir die Interessen unserer Bürger
31 wahr und schützen ihre Arbeitsplätze im globalen Wettbe-
32 werb. Die AfD fordert die Bündelung der Außenwirtschafts-
33 förderung im Bundesministerium für Wirtschaft.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

3.6 Entwicklungspolitik: Stabilität als Sicherheits- und Wirtschaftsinteresse

Nach 50 Jahren Entwicklungspolitik ist das Ergebnis ernüchternd. Beispielsweise ist Afrika heute trotz (oder wegen) aller Hilfen nur mit rund zwei Prozent am Welthandel beteiligt. Durch das rapide Bevölkerungswachstum werden die Ergebnisse der Entwicklungspolitik wieder zunichte gemacht.

Die AfD fordert einen grundsätzlichen Strategiewechsel in der Entwicklungspolitik.

Dabei sollten die deutsche und die europäische Entwicklungshilfepolitik sich bewusst sein, dass die Dimension des afrikanischen Problems (2015 1,2 Mrd. Einwohner; 2050 2,4 Mrd. Einwohner) so gewaltig ist, dass auch durch eine optimierte Entwicklungshilfepolitik dem Kontinent von außen nicht nachhaltig geholfen werden kann.

Die AfD tritt für einen weiter gefassten Ansatz in der Entwicklungspolitik ein, welcher auch deutschen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen Rechnung trägt.

Partnerländer und Projekte müssen unter Berücksichtigung von Erfolgspotenzial, Nachhaltigkeit und des möglichen Eigenanteils ausgewählt werden. Hilfe soll primär Hilfe zur Selbsthilfe sein.

Wenn Länder in die Lage versetzt werden, sich aus eigener Kraft weiterzuentwickeln, verringert dies den Anreiz, nach Europa und insbesondere Deutschland auszuwandern.

Durch Masseneinwanderung wird die Instabilität Deutschlands und Europas verstärkt, ohne die Probleme in den Krisenregionen zu lösen.

Die Entwicklungsländer müssen in das internationale Handelssystem einbezogen werden mit Erleichterungen für deren Ausfuhren in die Industrieländer und einem angemessenen Schutz für den Aufbau der eigenen Wirtschaftsentwicklung. Marktwirtschaftliche Strukturen in allen Bereichen sollen gefördert werden. Das bedeutet eine weitgehende Beteiligung der Privatwirtschaft an Entwicklungsprojekten.

Statt Finanztransfers fordern wir die Öffnung unserer Märkte für Produkte aus Entwicklungsländern. Zugleich wollen wir deutsche Unternehmer dabei unterstützen, in diese Länder zu investieren, und dortige Unternehmer bei der Professionalisierung ihrer Tätigkeit fördern.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

 KAPITEL 4

Innere Sicherheit

1 Der Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt an der
2 Berliner Gedächtniskirche war der vorläufige Tiefpunkt einer
3 ganzen Serie von Ereignissen, die zeigen, dass es um unsere
4 Sicherheit schlecht bestellt ist. Terror und Kriminalität sind
5 keine Naturereignisse, die man kritiklos hinnehmen muss.
6 Sie sind menschengemacht und haben Ursachen, die man
7 bekämpfen kann. Genau das wollen wir tun.

9 **4.1 Ausweisung, Abschiebung und Ausbürgerung**

10 Der erhebliche Anteil von Ausländern gerade bei der
11 Gewalt- und Drogenkriminalität begegnet derzeit nur halb-
12 herzigen ausländerrechtlichen Maßnahmen. Insbesondere
13 können sich ausländische Kriminelle sehr häufig auf Ab-
14 schiebungshindernisse berufen und sind auf diese Weise von
15 Abschiebung verschont.

16
17
18 *Wir fordern daher: 1. Erleichterung der Ausweisung, ins-
19 besondere die Wiedereinführung der zwingenden Auswei-
20 sigung bei ernstzunehmender Kriminalität; 2. Verhängung
21 der Ausweisung bereits durch die Strafgerichte; 3. Ermög-
22 lichung der Unterbringung nicht abschiebbarer Kriminel-
23 ler im Ausland aufgrund bilateraler Vereinbarungen mit
24 geeigneten Staaten.*

25
26 *Die Einbürgerung Krimineller ist zuverlässig zu verhin-
27 dern durch: 1. Verhinderung des Erwerbs der deutschen
28 Staatsangehörigkeit durch bloße Geburt in Deutschland,
29 weil hierdurch u.a. Angehörige krimineller Clans automa-
30 tisch zu deutschen Staatsbürgern werden können; 2. Ab-
31 schaffung des einklagbaren Anspruchs auf Einbürgerung;
32 3. Verschärfung der Ausschlussgründe für Einbürgerung
33 bei Kriminalität.*

1 *Schließlich muss die Ausbürgerung krimineller Staats-
2 bürger mit Migrationshintergrund möglich werden: 1.
3 bei erheblicher Kriminalität innerhalb von zehn Jahren
4 nach erfolgter Einbürgerung; 2. bei Mitwirkung in
5 Terrororganisationen (z.B. IS); 3. bei Zugehörigkeit zu
6 kriminellen Clans und zwar auch dann, wenn die
7 Ausgebürgerten dadurch staatenlos werden.*

8 Hierzu ist Art. 16, Abs. 1 GG entsprechend zu ändern.

10 **4.2 Vollstreckung im Ausland**

11 Zur Entlastung der innerdeutschen Justizvollzugsanstal-
12 ten, aber auch zur Erhöhung der Abschreckungswirkung
13 des Strafvollzuges sind für ausländische Straftäter durch
14 Vereinbarungen mit ausländischen, möglichst heimatnahen
15 Staaten dort Vollzugsanstalten einzurichten, die den Anfor-
16 derungen der EMRK entsprechen, unter deutscher Leitung
17 und der Anwendung deutschen Rechts stehen und zu denen
18 jederzeitiger Zugang zu dienstlichen Zwecken ebenso mög-
19 lich ist wie der Besuch von Angehörigen und Rechtsanwäl-
20 ten.

23 **4.3 Jugendstrafrecht**

24 Die Sicherheitslage verschärft sich vor allem in Ballungs-
25 gebieten dramatisch. Eine besondere Rolle hierbei spielen
26 gerade junge Täter, denen derzeit ein geradezu zahnloses
27 Recht gegenübersteht. Erzieherische Erfolge in diesem
28 Segment lassen sich erfahrungsgemäß nur durch sofortige
29 Inhaftierung der Täter schwerer Delikte erreichen.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

Wir fordern daher eine entsprechende Änderung der einschlägigen Gesetze, insbesondere des Haftrechts. Wegen der immer früher einsetzenden kriminellen Entwicklung muss das Strafmündigkeitsalter auf 12 Jahre abgesenkt und mit dem Erreichen der Volljährigkeit auch das Erwachsenenstrafrecht Anwendung finden.

4.4 Reform der Polizei

Die öffentliche Sicherheit ist trotz großen persönlichen Einsatzes der Polizeibeamten in Bund und Ländern nicht angemessen gewährleistet: Personalmangel, strukturelle Unzulänglichkeiten, unzureichende Ausrüstung und Bewaffnung treffen auf schlechte Bezahlung und z.T. empörend miserable soziale Absicherung. Durch höchst unterschiedliche Arbeitsbedingungen machen sich Bund und Länder zudem untereinander Konkurrenz und jagen sich gegenseitig die besten Beamten ab. Damit muss endlich Schluss sein.

Die AfD fordert daher: 1. Neustrukturierung der Bundespolizeien unter einheitlicher Führung; 2. Überführung der Bereitschaftspolizeien der Länder in die Bundespolizei; 3. Wiederbelebung des Einsatzes von Wehrpflichtigen im Grenzdienst; 4. Gleiche Besoldung bundesweit durch eine eigene Besoldungsordnung für Polizei, Soldaten und Rettungsdienste mit einer der jeweiligen Gesundheits- bzw. Lebensgefährdung angemessenen Zusatzvergütung; 5. Bezahlte Überstunden und Sondereinsätze; 6. Bundeseinheitliche Uniformen; 7. Bundeseinheitliche, modernste und lageangepasste Bewaffnung und Ausrüstung (u.a. Bodycam, Taser); 8. Bundeseinheitliche Dienstvorschriften; 9. Wiederherstellung der freien Heilfürsorge mit privatärztlicher Behandlung; 10. Übernahme von Dienstunfähigkeits- und

Diensthaftpflichtversicherung durch den Dienstherrn; 11. Witwen- und Waisenrenten in Höhe der Pensionsansprüche des Endamtes bei Tod durch qualifizierten Dienstunfall

4.5 Bessere Fahndungsmöglichkeiten

Wir fordern: 1. dass die Polizeibehörden an kriminalitätsneuralgischen öffentlichen Plätzen und Gebäuden eine Videoüberwachung mit Gesichtserkennungssoftware einsetzen können; 2. dass bei der Fahndung nach unbekanntem Tätern – anders als derzeit – vorhandenes DNA-Spurenmaterial bei Bedarf auch zur Feststellung körperlicher und biogeographischer Merkmale der gesuchten Person untersucht werden kann, um so zielgerichtete Fahndungsmaßnahmen erst möglich zu machen.

4.6 Organisierte Kriminalität bekämpfen

Die organisierte Kriminalität (OK) muss nachhaltig bekämpft werden.

Dazu gehört, Gewinne aus Straftaten besser abzuschöpfen und folgerichtig die bereits bestehenden rechtlichen Instrumente des Verfalls und der Einziehung besser zu nutzen. Die Mehrzahl der Täter im Bereich der organisierten Kriminalität sind Ausländer. Sie auszuweisen, muss vereinfacht werden. Deshalb ist für diesen Personenkreis bei entsprechendem Verdacht die OK-Zugehörigkeit als Ausweisungsgrund einzuführen.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

4.7 Abmahnvereine abschaffen

Die Durchsetzung des Rechts ist Sache des Staates. Dieser hat das Gewaltmonopol und muss dafür Sorge tragen, dass das Recht korrekt angewandt wird.

Der Abmahnindustrie, die das Urheberrecht missbraucht, um von unbescholtenen Bürgern im Internet jährlich Millionenbeträge abzukassieren, will die AfD einen gesetzlichen Riegel vorschieben

4.8 Sichere Identifizierung von Asylbewerbern ermöglichen

Die AfD fordert die Schaffung der rechtlichen und technischen Voraussetzungen, um allen Behörden länderübergreifend die Möglichkeit zu geben, sich innerhalb kürzester Zeit zweifelsfrei davon überzeugen zu können, ob eine Person schon andernorts unter abweichenden Personalien registriert ist.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

 KAPITEL 5

Asyl braucht Grenzen: Zuwanderung und Asyl

5.1 Die demographischen Probleme Europas und Afrikas

Während die europäische Bevölkerung überaltert und schrumpft, explodiert sie in Afrika und in den arabisch-muslimischen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens. In Afrika bekommt jede Frau im Durchschnitt 4,5 Kinder. Gleichzeitig nimmt die Kindersterblichkeit dank internationaler Hilfe stark ab. Die Geburtenrate in Europa liegt demgegenüber bei 1,6 und in Deutschland bei 1,4.

Dies bedeutet, dass in der Zeit bis 2050 die Population Afrikas, einschließlich aller arabischen Länder, von heute 1,2 Milliarden Menschen auf 2,4 Milliarden wachsen wird. Die derzeit in Europa lebenden rund 590 Millionen Menschen werden sich im gleichen Zeitraum zahlenmäßig auf ca. 540 Millionen verringern wovon ein Drittel über 60 Jahre alt sein wird.

Im Verhältnis zum wohlhabenden Europa stellt Afrika ein Armenhaus der Welt dar. Aus beiden Ursachen – dem Bevölkerungswachstum Afrikas und dem Wohlstandsgefälle zu Europa – entsteht ein Wanderungsdruck, der Dimensionen einer Völkerwanderung hat. Sozialgeographische Fachleute sind seit langem in der Lage, diesen Wanderungsdruck zu quantifizieren. Im arabischen Raum werden 23 % der Bevölkerung als auswanderungswillig eingeschätzt, in Afrika unterhalb der Sahara etwa 37 %. In absoluten Zahlen sind dies derzeit rund 350 Millionen wanderungswillige Menschen, überwiegend junge Männer. Bis 2050 wird sich deren Zahl auf rund 950 Millionen erhöhen. Eine zunehmende Zahl sogenannter „Failed States“ und fehlende Geburtenkontrollen tragen ihren Teil zu dieser schier unlösbaren Situation bei.

Vor diesem Problemhintergrund ist offensichtlich, dass Wanderungsbewegungen von Afrika nach Europa im zu erwartenden Umfang unseren Kontinent in wenigen Jahren destabilisieren können. Pauschale Zuwanderungsquoten für einen Teil der auswanderungswilligen Bevölkerungen sind ethisch nicht zu verantworten, weil damit gleichzeitig die große Mehrheit abgewiesen wird. Politische Forderungen in dieser Hinsicht sind daher pseudohumanitär und selbstzerstörerisch. Individuelle Schutz- und Asylgarantien wurden 1949 für verfolgte Einzelpersonen geschaffen. Sie versprechen unter den heutigen Bedingungen der massenhaften, globalisierten Wanderungsbewegungen Unmögliches. Sie können nicht aufrechterhalten werden.

Ziel der AfD ist Selbsterhaltung, nicht Selbstzerstörung unseres Staates und Volkes. Die Zukunft Deutschlands und Europas muss langfristig gesichert werden.

Wir wollen unseren Nachkommen ein Land hinterlassen, das noch als unser Deutschland erkennbar ist.

5.2 Zuwanderung muss nach unseren Regeln stattfinden

Die Zuwanderung kann die Probleme der sozialen Sicherungssysteme, die in Deutschland durch den Geburtenrückgang entstanden sind und in Zukunft in verschärfter Form in Erscheinung treten werden, nicht lösen. Vielmehr werden die bestehenden Probleme durch die derzeitige Art und das Ausmaß der Zuwanderung verschärft.

1 *Die Grenzen müssen umgehend geschlossen werden, um*
 2 *die unregelte Massimmigration in unser Land und*
 3 *seine Sozialsysteme durch überwiegend beruflich*
 4 *unqualifizierte Asylbewerber sofort zu beenden.*

5
 6 Eine erfolgreiche Integration all dieser Menschen, darun-
 7 ter ein beträchtlicher Anteil von Analphabeten, ist unmög-
 8 lich. Wir brauchen über mehrere Jahre diesbezüglich eine
 9 Minuszuwanderung.

10
 11
 12 Vorrang vor Zuwanderung haben familien- und bevölke-
 13 rungspolitische Maßnahmen, insbesondere eine „aktivieren-
 14 de Familienpolitik“, aber auch die Reduzierung der Abwan-
 15 derung qualifizierter Arbeitskräfte aus Deutschland.

16
 17 *Wir wollen selbst entscheiden, wer zu uns kommt, und*
 18 *ausschließlich qualifizierten Zuzug nach Bedarf zulassen.*

19
 20 Über Qualität und Quantität einer Einwanderung selbst zu
 21 bestimmen, ist herausragendes Merkmal staatlicher Souve-
 22 ränität; das muss auch für Deutschland gelten.

23
 24 Einen Asylantrag soll nur stellen dürfen, wer seine Iden-
 25 tität nachweist. Alle abgelehnten Asylbewerber sind in ihre
 26 Herkunftsländer zurückzuführen. Der Bund soll dafür zu-
 27 ständig werden, um eine einheitliche Verwaltungspraxis zu
 28 gewährleisten und die Verweigerungshaltung nicht koopera-
 29ativer Bundesländer zu überwinden. Wir fordern zudem eine
 30 jährliche Mindestabschiebequote.

31
 32 Sollten sich die Herkunftsländer weigern, ihre Bürger
 33 wieder einreisen zu lassen, muss auf diese Länder Druck
 34 ausgeübt werden, zum Beispiel durch die Einstellung der

Entwicklungshilfe. Hilfsweise müssen die Migranten in auf-
 nahmebereite Drittstaaten überführt werden.

5.3 Die Türkei gehört nicht in die EU

1
 2
 3
 4
 5
 6 *Einen EU-Beitritt der Türkei lehnen wir ebenso strikt ab*
 7 *wie Visaerleichterungen oder gar Visafreiheit für türkische*
 8 *Staatsbürger.*

9
 10 Privilegien für türkische Staatsangehörige, die auf längst
 11 überholten Verträgen beruhen – z.B. Kranken-Mitversiche-
 12 rung von Eltern im Sozialversicherungsabkommen oder ihre
 13 ausländerrechtliche Bevorzugung nach dem sogenannten
 14 Assoziationsratsbeschluss 1/80 – müssen beendet werden.
 15 Das ganze entsprechende Abkommen der EU mit der Türkei
 16 aus dem Jahr 1963 ist aufzukündigen.

5.4 Keine weitere Einwanderung in die Sozialsysteme

17
 18
 19
 20
 21 Das hohe Niveau der deutschen Sozialleistungen zieht
 22 sowohl aus anderen EU-Staaten als auch aus Drittstaaten
 23 zahlreiche Armutszuwanderer an. Hierbei werden die Frei-
 24 zügigkeit in der EU bzw. das Asylrecht missbraucht, um sich
 25 Zugang zum Sozialsystem zu verschaffen. Diesem Miss-
 26 brauch wollen wir einen Riegel vorschieben:

27
 28 *Sozialleistungen sollen EU-Bürgern erst dann gewährt*
 29 *werden, wenn diese zuvor vier Jahre versicherungspflichtig*
 30 *in Deutschland beschäftigt waren und ihren Lebensunter-*
 31 *halt damit vollständig selbst decken konnten.*

1
 2
 3
 4
 5
 6
 7
 8
 9
 10
 11
 12
 13
 14
 15
 16
 17
 18
 19
 20
 21
 22
 23
 24
 25
 26
 27
 28
 29
 30
 31
 32
 33
 34

1 *Sozial- und Gesundheitsleistungen für Asylbewerber*
 2 *dürfen keine Anreizwirkung entfalten und sind auf das*
 3 *unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Es muss der*
 4 *Grundsatz gelten: „Sachleistungen vor Geldleistungen“.*

5.5 Zuflucht in der Herkunftsregion statt ungebremster Massenmigration nach Deutschland

9 Der massenhafte Missbrauch des Asylgrundrechts muss
 10 durch eine Grundgesetzänderung beendet werden. Aus
 11 demselben Grund müssen die veraltete Genfer Flüchtlings-
 12 konvention und andere supra- und internationale Abkom-
 13 men neu verhandelt werden – mit dem Ziel ihrer Anpassung
 14 an die Bedrohung Europas durch Bevölkerungsexplosionen
 15 und Migrationsströme der globalisierten Gegenwart und
 16 Zukunft.

17 *Wir fordern die nationale Souveränität bei jeder Form*
 18 *der Zuwanderung.*

19 Das „Gemeinsame europäische Asylsystem“ (GEAS)
 20 lehnen wir ab. Die europäische Zusammenarbeit soll sich
 21 im Wesentlichen auf die Sicherung der europäischen Außen-
 22 grenze konzentrieren. Asylanträge sind deshalb außerhalb
 23 Europas zu stellen. Wo immer europäisches Recht diesen
 24 Prämissen entgegensteht, muss es geändert oder aufgehoben
 25 werden.
 26

27 *Die AfD bekennt sich dazu, ökonomische Fluchtursachen*
 28 *zu vermeiden, auch wenn dies für die westliche Wirtschaft*
 29 *zunächst Nachteile mit sich bringen könnte.*
 30
 31
 32
 33
 34

1 Durch ausreichende Erhöhung der Mittel der UNHCR für
 2 Flüchtlingszentren in heimat- und kulturnahen Regionen
 3 soll bereits geflohenen Menschen eine sichere Aufnahme-
 4 möglichkeit geboten werden.
 5

6 *Die europäische Grenzschutzagentur Frontex und die*
 7 *Bundeswehr müssen ihre Schlepper-Hilfsdienste auf dem*
 8 *Mittelmeer beenden und alle Flüchtlingsboote an ihre*
 9 *Ausgangsorte zurückbringen, anstatt die Passagiere nach*
 10 *Europa zu befördern.*

11 Wo das rechtlich oder tatsächlich nicht möglich ist, sind
 12 sie nach dem australischen Vorbild ausnahmslos in
 13 außereuropäische Aufnahmezentren zu überführen.
 14

15 *Wir fordern strenge Kontrollen an den deutschen*
 16 *Grenzübergängen wie auch die Bewachung der grünen*
 17 *Grenze durch integrierte Sicherungssysteme, zu denen*
 18 *auch Zäune gehören können.*
 19

5.6 Kein Familiennachzug in unsere Sozialsysteme

20 Die Anerkennungsquote für Asylbewerber ist seit 2014
 21 von unter 30 % auf aktuell fast 70 % angestiegen, obwohl die
 22 wenigsten aus Kriegsgebieten kommen und alle über sichere
 23 Drittstaaten einreisen. In diesen Fällen besteht sowohl nach
 24 Art. 16 a Grundgesetz wie auch nach geltendem
 25 internationalen Recht kein Schutzanspruch. Die
 26 entgegenstehende tägliche Anerkennungspraxis in
 27 Deutschland findet statt, obwohl durch die Grundgesetz-
 28 reform diese Art der Immigration unterbunden werden
 29 sollte. Diese Praxis muss sofort beendet werden.
 30
 31
 32
 33
 34

1 *Um die Verantwortlichen für die ab September 2015*
 2 *geduldete Massenzuwanderung zur Rechenschaft zu ziehen,*
 3 *werden wir die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses*
 4 *im Bundestag verlangen.*

5
 6 Jedem anerkannten Asylbewerber folgen durchschnittlich
 7 ein bis vier Familienangehörige. Die Mehrheit dieser Men-
 8 schen wird mit hoher Sicherheit dauerhaft von Sozialleistun-
 9 gen leben.

10
 11 *Wir lehnen jeglichen Familiennachzug für Flüchtlinge ab,*
 12 *da die deutschen Sozialsysteme diese Lasten nicht tragen*
 13 *können.*

14
 15 Entfällt der Fluchtgrund im Herkunftsland anerkannter
 16 Flüchtlinge, endet in aller Regel deren Aufenthaltserlaubnis.
 17 Sie müssen zurückkehren. Insbesondere der Schutz vor Bür-
 18 gerkrieg ist rein temporär ausgelegt und darf nicht zu einer
 19 Einwanderung durch die Hintertür führen.

20
 21 Führen diese Maßnahmen nicht mindestens zu einer
 22 Null-Zuwanderung, muss ein Gesetz eine absolute Belas-
 23 tungsgrenze definieren, ab deren Erreichen zum Schutz
 24 Deutschlands keinerlei Asylbewerber mehr aufgenommen
 25 werden.

26
 27 Die astronomischen Kosten der Massenzuwanderung müs-
 28 sen transparent und lückenlos über alle staatlichen Ebenen
 29 ausgewiesen und in einem übergreifenden „Flüchtlingshaus-
 30 halt“ unter demokratische Kontrolle gestellt werden.
 31
 32
 33
 34

5.7 Die Kosten für unbegleitete minderjährige Ausländer explodieren

1
 2
 3
 4 Unbegleitete, angeblich minderjährige Ausländer (UMA)
 5 missbrauchen das Ausländer- und Asylrecht. Fast alle von
 6 ihnen sind männlich, und zwischen 50 % und 80 % derer,
 7 die sich als minderjährig ausgeben, sind volljährig. Ihre
 8 Kriminalitätsrate ist unverhältnismäßig hoch, der Staat ist
 9 wehrlos. Sie dienen als sogenannte Ankerkinder zum späte-
 10 ren Nachzug ihrer Familien.

11
 12 2015 wurden in Deutschland 67.000 dieser als minderjäh-
 13 rig eingestuften Ausländer neu registriert, 2016 erneut über
 14 50.000. Bei Kosten von durchschnittlich 60.000 bis 80.000
 15 Euro pro UMA und Jahr entstehen schon heute jährliche
 16 Kosten nur für diese Personengruppe von schätzungsweise 6
 17 bis 10 Milliarden Euro. Diese Missstände wollen wir beenden
 18 und fordern

- 19
- 20 ▶ obligatorische Altersuntersuchungen in Zweifelsfällen,
- 21 ▶ den Ausschluss von Familiennachzug
- 22 ▶ und den ausnahmslosen Übergang ins Asylverfahren
- 23 bei Erreichen der Volljährigkeit.
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34

5.8 Integration ist die Aufgabe des Einwanderers, nicht „der Gesellschaft“

Jeder Migrant oder Einwanderer hat eine Bringschuld, sich selbst zu integrieren. Er muss sich seiner neuen Heimat anpassen, nicht umgekehrt.

Die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung darf nur derjenige erhalten, an dessen dauerhaft erfolgreicher Integration und Loyalität zu seiner neuen Heimat keine Zweifel bestehen.

Eine Absenkung der schulischen und beruflichen Anforderungen aus Gründen einer vermeintlich besseren Integration darf es nicht geben.

Das Geburtsortsprinzip (Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit allein durch Geburt in Deutschland, auch wenn kein Elternteil Deutscher ist) wollen wir wieder aus dem Gesetz streichen und zum Abstammungsprinzip, wie es bis zum Jahr 2000 galt, zurückkehren.

Die doppelte Staatsbürgerschaft soll auf wohlbegründete Sonderfälle beschränkt werden.

Die Zugehörigkeit zu ausländischen Terrororganisationen führt zum Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit und zwar auch dann, wenn Staatenlosigkeit eintritt. Hierzu ist Art. 16, Abs. 1 des Grundgesetzes entsprechend zu ändern.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

 KAPITEL 6

Der Islam im Konflikt mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung

DER ISLAM IM KONFLIKT MIT DER FREIHEITLICH-DEMOKRATISCHEN GRUNDORDNUNG

Der Islam gehört nicht zu Deutschland. In der Ausbreitung des Islam und der Präsenz von über 5 Millionen Muslimen, deren Zahl ständig wächst, sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung. Altkanzler Schmidt hat in seiner politischen Bilanz diesen Umstand richtig erkannt und bereits 2008 formuliert: „Wer die Zahlen der Muslime in Deutschland erhöhen will, nimmt eine zunehmende Gefährdung unseres inneren Friedens in Kauf.“

Ein Islam, der unsere Rechtsordnung nicht respektiert oder sogar bekämpft und einen Herrschaftsanspruch als allein gültige Religion erhebt, ist mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung Deutschlands nicht vereinbar.

Viele Muslime leben rechtstreu (und integriert) und sind geschätzte Mitglieder unserer Gesellschaft. Die AfD will jedoch verhindern, dass sich abgeschottete islamische Parallelgesellschaften bilden, wo muslimische „Friedensrichter“ Rechtsvorschriften der Scharia anwenden und das staatliche Monopol der Strafverfolgung und Rechtsprechung unterlaufen.

Die AfD erkennt uneingeschränkt die Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit an. Sie fordert jedoch, der Religionsausübung (gemäß Art. 140 GG i.V.m. Art. 136, Abs. 1 Weimarer Verfassung) Schranken zu setzen durch staatliche Gesetze, die Menschenrechte und unsere Werte. Staatliches Recht steht im säkularen Staat über religiösen Geboten und Traditionen.

Islamkritik, auch religiöse Satire (und Karikaturen), sind im Rahmen der allgemeinen Gesetze rechtmäßig. Sie sind Ausfluss des Grundrechts der freien Meinungsäußerung und der Kunstfreiheit.

Einer Diffamierung rationaler Religionskritik als „Isl - mophobie“ oder „Rassismus“ tritt die AfD entgegen. Wir fordern jedermann dazu auf, solche Polemik durch intellektuellen Diskurs zu ersetzen.

Verfassungsfeindlichen Vereinen, die nach Art. 9, Abs. 2 Grundgesetz zu verbieten sind, ist der Bau und Betrieb von Moscheen wegen der konkreten Gefahr zu untersagen, dass Imame dort Lehren verbreiten, die zu einer gegen unsere Rechtsordnung gerichteten politisch-religiösen Radikalisierung von Muslimen beitragen.

Wir wollen verhindern, dass sich Muslime bis zum gewaltbereiten Salafismus und Terror radikalieren. Auch die Finanzierung des Baus und Betriebs von Moscheen durch islamische Staaten oder ausländische Geldgeber bzw. deren Mittelsmänner soll unterbunden werden.

Islamische Staaten wollen durch den Bau und Betrieb von Moscheen den Islam in Deutschland verbreiten und ihre Macht vergrößern. Sie führen und unterstützen einen Kulturkrieg. So ist die Abhängigkeit der rund 900 Ditib-Moscheen und ihrer Imame vom staatlichen „Amt für Religiöse Angelegenheiten“ der Türkei (Diyamet) nicht hinnehmbar. Über die Ditib übt die autoritäre Türkei starken Einfluss auf in Deutschland lebende Türken aus und behindert damit deren Integration und Loyalität zu unserem Staat.

1 *Das Minarett lehnt die AfD als islamisches Herrschafts-*
 2 *zeichen ebenso ab wie den Muezzin-Ruf, nach dem es außer*
 3 *dem islamischen Allah keinen Gott gibt. Es handelt sich*
 4 *hierbei um religiösen Imperialismus.*

5
 6 Minarett und Muezzin-Ruf stehen im Widerspruch zu
 7 einem toleranten Nebeneinander der Religionen, das die
 8 christlichen Kirchen und jüdischen Gemeinden in der Mo-
 9 derne praktizieren.

10
 11 Imame müssen sich vorbehaltlos zu unserer Verfassungs-
 12 ordnung bekennen. Die Predigten in Moscheen in Deutsch-
 13 land sollen in deutscher Sprache gehalten werden. Imame,
 14 die gegen die Verfassung agitieren, erhalten ein Predigtver-
 15 bot und werden bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzun-
 16 gen abgeschoben.

17
 18 *Die islamtheologischen Lehrstühle an deutschen Universi-*
 19 *täten sind abzuschaffen und die Stellen der bekenntnisneu-*
 20 *ralen Islamwissenschaft zu übertragen.*

21
 22 Die AfD lehnt es ab, islamischen Organisationen den Sta-
 23 tus einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu verleihen,
 24 weil sie die rechtlichen Voraussetzungen – eine ausreichen-
 25 de Repräsentanz, die Gewähr der Dauer und die Achtung
 26 des freiheitlichen Staatskirchenrechts – nicht erfüllen. Die
 27 Anerkennung der Religionsfreiheit, der weltanschaulichen
 28 Neutralität des Staates und der Gleichwertigkeit der Religio-
 29 nen, welche das Staatskirchenrecht verlangt, sind dem Islam
 30 fremd.

31
 32 *Die AfD fordert ein allgemeines Verbot der Vollverschlei-*
 33 *erung in der Öffentlichkeit und im öffentlichen Dienst*
 34

1 Burka und Niqab errichten durch die Gesichtshüllung
 2 eine Barriere zwischen der Trägerin und ihrer Umwelt und
 3 erschweren damit das Zusammenleben in der Gesellschaft.
 4 Ein Verbot ist nach einem Urteil des Europäischen
 5 Gerichtshofs für Menschenrechte von 2014 auch
 6 rechtmäßig.

7 *Im öffentlichen Dienst soll kein Kopftuch getragen werden,*
 8 *in Bildungseinrichtungen weder von Lehrerinnen noch von*
 9 *Schülerinnen in Anlehnung an das französische Modell.*

10
 11 Der Integration und Gleichberechtigung von Frauen und
 12 Mädchen sowie der freien Entfaltung der Persönlichkeit
 13 widerspricht das Kopftuch als religiös-politisches Zeichen der
 14 Unterordnung von Muslimas unter den Mann. Das Urteil des
 15 Bundesverfassungsgerichts von 2015, nach dem ein gene-
 16 relles Kopftuchverbot für muslimische Lehrerinnen verfas-
 17 sungswidrig sei, betrachtet die AfD als ein Hindernis für eine
 18 erfolgreiche Integrationspolitik.

19
 20 *Die AfD verlangt, eine standesamtliche Eheschließung (vor*
 21 *jeder religiösen Trauung) rechtlich wieder für verbindlich zu*
 22 *erklären. Religiöse Trauungen können diese staatsrechtliche*
 23 *Voraussetzung zur Anerkennung einer Ehe nicht ersetzen.*

24
 25 Das Verbot der religiösen Voraustrauung, etwa durch
 26 Imame, soll wieder in Kraft gesetzt und die Streichung der §§
 27 67 und 67a im Personenstandsgesetz von 2009 rückgängig
 28 gemacht werden. Nur so können wir der Imam-Ehe entge-
 29 genwirken, die unter Umgehung der standesamtlichen Trau-
 30 ung und oftmals unter Zwang die Polygamie, Kinderehe und
 31 Verwandtenehe ermöglicht. Im Ausland geschlossene Ehen
 32 gemäß dem Familienrecht der Scharia, die gegen unsere
 33 Gesetze und unsere Moralvorstellungen verstoßen, sollen in
 34 Deutschland rechtlich nicht anerkannt werden.

Willkommenskultur für Kinder: Familien und Bevölkerung- entwicklung

1 Die dramatische Zunahme der Ehe- und Kinderlosigkeit
2 und das Verschwinden normaler mittelgroßer Familien –
3 von den etablierten Parteien längst als alternativlos hin-
4 genommen – sorgen für eine Schrumpfung unserer ange-
5 stammten Bevölkerung um mehr als 250.000 Personen
6 pro Jahr, mit stark steigender Tendenz. Die AfD stemmt
7 sich gegen diesen Trend zur Selbstabschaffung und will
8 Deutschlands Gesellschaft von Grund auf familien- und
9 kinderfreundlicher gestalten.

10
11 Wir wollen das Land unserer Väter und Mütter nicht
12 irgendjemandem hinterlassen, der dieses Erbe verschleudert
13 oder ausplündert, sondern unseren Nachkommen, denen
14 wir unsere Werte vorgelebt und mitgegeben haben. Stabile
15 Familien sind die Mitte und Grundlage jeder sich selbst
16 erhaltenden Gesellschaft, in der Wohlstand und sozialer
17 Frieden herrschen und Werte weitergegeben werden.

18
19 Deutschland braucht einen Paradigmenwechsel hin zu
20 einer nationalen Bevölkerungspolitik. Familienpolitik soll
21 deshalb den Maßstab für alle mit ihr verbundenen Politik-
22 felder setzen, insbesondere für die Sozial-, Steuer- und Bil-
23 dungspolitik.

24 **7.1 Schutz des ungeborenen Lebens**

25
26
27 Auch ungeborene Kinder haben ein Recht auf Leben. Viel
28 zu oft wird dieses Recht der Selbstverwirklichung oder sozia-
29 len Zukunftsängsten untergeordnet. Solchen Ängsten will die
30 AfD durch konkrete Hilfen für Familien in allen Lebenslagen
31 vorbeugen, insbesondere den lebensrettenden Ausweg der
32 Adoption erleichtern und fördern.

1 Bereits vorher muss aber die Gesellschaft in Familien,
2 Schule und Medien den Respekt vor dem Leben und ein
3 positives Bild von Ehe und Elternschaft vermitteln. Die
4 Schwangerschaftskonfliktberatung muss tatsächlich dem
5 Schutz des Lebens dienen. Wie vom Bundesverfassungsge-
6 richt zur Bedingung gestellt, ist regelmäßig die Wirksamkeit
7 der Beratungsscheinregelung zu überprüfen. Gegebenenfalls
8 ist durch gesetzliche Korrekturen ein wirksamer
9 Lebensschutz zu gewährleisten.

10
11 *Wir lehnen alle Bestrebungen ab, die Tötung Ungebore-*
12 *ner zu einem Menschenrecht zu erklären.*

13 **7.2 Für eine familien- und kinderfreundliche** 14 **Politik, damit Deutschland sich nicht abschafft!**

15
16
17 Der Erhalt des eigenen Staatsvolks ist vorrangige Aufgabe
18 der Politik und jeder Regierung. Dies kann in der derzeitigen
19 demographischen Lage Deutschlands nur mit einer aktiven
20 Bevölkerungspolitik gelingen.

21
22 Ohne ausgeglichene Geburtenbilanz ist der soziale Friede,
23 soweit er auf unserem Sozial-, Renten- und Gesundheitssys-
24 tem basiert, gefährdet. Das Staatsziel des Erhalts unseres
25 Staatsvolks macht Maßnahmen zur Erhöhung der Geburten-
26 zahl erforderlich, auch um unsere Sozialversicherungssyste-
27 me zu stabilisieren.

28
29 *Eine kinderfreundliche Gesellschaft und der Erhalt des*
30 *Staatsvolks sind daher als Staatsziel ins Grundgesetz aufzu-*
31 *nehmen.*

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

7.3 Mut zu Kindern: Familien müssen gefördert werden

Die AfD will durch Aufklärung und Hilfen junge Menschen ermutigen, eine Familie zu gründen. Kinder dürfen nicht länger ein Armutsrisiko sein.

Ehe, Familie, Haushaltsführung und Kindererziehung sollen in den Lehrplänen und Schulbüchern aller allgemeinbildenden Schulen (wieder) eine positive Berücksichtigung finden.

Die AfD will auch die Fürsorge für pflegebedürftige Angehörige besser unterstützen. Diese Familienarbeit muss gleichwertig anerkannt werden und zu Sozialversicherungsansprüchen führen wie jede andere berufliche Tätigkeit.

7.4 Kinder willkommen heißen!

Eine Willkommenskultur für Kinder muss sich auch in konkreten Maßnahmen zeigen: *Ein Baby-Begrüßungsgeld in Form von Bargeld oder sofortigem Steuernachlass soll dazu einen Beitrag leisten.*

Eltern soll ein längerer Anspruch auf Arbeitslosengeld I zustehen und ihre Neueinstellung durch Wiedereingliederungshilfen an den Arbeitgeber gefördert werden.

Studenten mit gutem Studienabschluss, die während des Studiums oder kurz danach Eltern werden, wollen wir die BaFöG-Rückzahlung erlassen.

Die von Kommunen erhobene Zweitwohnungsteuer für Jugendliche in Ausbildung soll abgeschafft werden.

Familien, in denen Kinder erzogen werden, leisten einen ebenso wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme wie aktive Beitragszahler.

Daher will die AfD durch einen umfassenden Leistungsausgleich eine Steuer- und Beitragsgerechtigkeit für Familien herstellen.

Dazu gehört ein Familiensplitting, das über angemessene Freibeträge pro Familienmitglied zu einer spürbaren Entlastung von Familien führen soll.

7.5 Für ein klares Familienbild – Gender-Ideologie ist verfassungsfeindlich

Gender-Ideologie marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern und stellt geschlechtliche Identität in Frage. Sie will die klassische Familie als Lebensmodell und Rollenbild abschaffen. Damit steht sie in klarem Widerspruch zum Grundgesetz, das die (klassisch verstandene) Ehe und Familie als staatstragendes Institut schützt, weil nur dieses das Staatsvolk als Träger der Souveränität hervorbringen kann. Die Gender-Ideologie widerspricht sowohl den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Biologie und der Entwicklungspsychologie als auch der lebenspraktischen Alltagserfahrung vieler Generationen.

Wir lehnen daher Bestrebungen auf nationaler wie internationaler Ebene ab, diese Ideologie durch Instrumente wie Gender-Studies, Quotenregelungen z.B. für Frauen, Propagandaaktionen wie den „Equal Pay Day“ oder die „geschlechterneutrale Sprache“ umzusetzen.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

1 Die AfD will, dass sich die Familienpolitik des Bundes und
2 der Länder am Bild der Familie aus Vater, Mutter und Kin-
3 dern orientiert. Wir lehnen alle Versuche ab, den Sinn des
4 Wortes „Familie“ in Art. 6, Abs. 1 Grundgesetz auf andere
5 Gemeinschaften auszudehnen und der Familie auf diesem
6 Wege den besonderen staatlichen Schutz zu entziehen.

7 **7.5.1 Gender-Ideologie raus aus den Schulen –** 8 **Frühsexualisierung stoppen**

9 Eine einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexua-
10 lität im Unterricht, wie sie die sogenannte „Sexualpädagogik
11 der Vielfalt“ praktiziert, stellt einen unzulässigen Eingriff in
12 die natürliche Entwicklung unserer Kinder und in das vom
13 Grundgesetz garantierte Elternrecht auf Erziehung dar.
14 Dadurch werden Kinder und Jugendliche – oft von
15 schulfremden Personen und meist gegen den Willen ihrer
16 Eltern – in ihrer sexuellen Identität verunsichert,
17 überfordert und in ihren Schamgefühlen verletzt.

18 *Die AfD stellt sich daher allen Versuchen entgegen,*
19 *durch staatlich geförderte Umerziehungsprogramme in*
20 *Kindergärten und Schulen das bewährte, traditionelle*
21 *Familienbild zu beseitigen.*

2 **7.5.2 Steuerverschwendung durch** 3 **„Gender-Forschung“ beenden**

4 Die „Gender-Forschung“ ist keine seriöse Wissenschaft,
5 sondern folgt der ideologischen Vorgabe, dass das natürliche
6 Geschlecht (Sex) und das soziale Geschlecht (Gender) vonei-
7 nander völlig unabhängig seien. Ziel ist letztlich die Abschaf-
8 fung der natürlichen Geschlechterpolarität.

9 Bund und Länder dürfen keine Mittel für die „Gender-For-
10 schung“ mehr bereitstellen und keine „Gender-Professuren“
11 mehr besetzen. Bestehende Förderlinien sollen beendet wer-
12 den, die der „Gender-Ideologie“ verpflichteten „Gleichstel-
13 lungsbeauftragten“ an den Universitäten sind abzuschaffen.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

Bildung und Schule: Mut zur Differenzierung

1 Wir bekennen uns zur umfassenden Bildung, die zur
2 Entfaltung der Persönlichkeit sowie zur Wahrnehmung
3 der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten notwendig ist.
4 Die Politik der etablierten Parteien, die eine nivellierende
5 Einheitsschule anstrebt und dabei Qualitätsverlust in Kauf
6 nimmt, bedroht die Zukunftschancen junger Menschen und
7 somit auch die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft.
8

9 Die Bildungsstandards der verschiedenen Schulformen
10 müssen sich an den Anforderungen der weiterführenden Bil-
11 dungseinrichtungen ausrichten, damit der Übergang von der
12 Schule in die Ausbildung oder zum Studium ohne zu große
13 Enttäuschung verläuft.
14

15 *Wir fordern die Abkehr von geschwätziger Kompetenz-*
16 *orientierung und die Rückkehr zur Vermittlung des Fach-*
17 *wissens als zentrales Anliegen der Schule.*
18

19 Die sogenannte „neue Lernkultur“, die den klassengeführ-
20 ten Unterricht durch selbstgesteuertes, kompetenzorientier-
21 tes Lernen ersetzt, hat zu massivem Leistungsabbau bei den
22 Schülern geführt. In fast allen Bundesländern haben sich
23 nach der Aufregung um „PISA“ Bildungspolitiker und Schul-
24 aufsicht zu Handlangern der Testindustrie machen lassen.
25 Eine Reform jagt die andere mit kontinuierlicher Absenkung
26 des Niveaus.
27

28 *Die AfD lehnt den Einfluss von internationalen Konze -*
29 *nen, Stiftungen und anderen Lobbygruppierungen auf*
30 *unser Bildungssystem und damit auf die Zukunftsfähigkeit*
31 *Deutschlands ab. Eine Ökonomisierung und Globalisierung*
32 *des deutschen Bildungswesens wird es mit uns nicht geben.*
33
34

8.1 Mehrgliedriges Schulsystem erhalten

Der schleichenden Abschaffung verschiedener Schulfor-
men und der Entwicklung hin zur nivellierenden Einheits-
schule muss Einhalt geboten werden. Effizientes Lehren und
Lernen ist nur möglich, wenn die Leistungsunterschiede
zwischen den Schülern einer Schulform begrenzt bleiben.
Bildungsgerechtigkeit erfordert Differenzierung nicht
Gleichmacherei.

Wir befürworten daher ein nach Begabungen differe -
ziertes Schulsystem, das dem unterschiedlichen Leistungs-
vermögen der Schüler gerecht wird.

Die Bildungsstandards in allen Schulformen müssen sich
an dem jeweils höchsten Niveau in Deutschland ausrichten.
Zugangsvoraussetzung für das Gymnasium dürfen allein
landesweit verbindliche Leistungskriterien sein. Das Abitur
muss wieder zum Ausweis der Studierfähigkeit werden, der
Haupt- oder Realschulabschluss zu qualifizierter Berufsaus-
bildung befähigen.

8.2 Berufliche Bildung stärken: Meister statt Master

Die duale Ausbildung in Unternehmen und Berufsschulen
ist ein Erfolgsmodell. Jedoch gefährden das Streben nach
immer höheren Abiturienten- und Akademikerquoten sowie
unzureichende Kenntnisse von Haupt- und Realschulabsol-
venten den Nachwuchs in den Ausbildungsberufen. Zahlrei-
che Lehrstellen können aus Mangel an ausreichend quali-
fizierten Bewerbern nicht besetzt werden, ein Viertel der
Lehrlinge bricht die Ausbildung ab. Ähnlich hoch sind die
Abbrecherquoten bei Studierenden.

1 *Wir wollen das weltweit geschätzte berufliche Bildungs-*
 2 *und Ausbildungssystem stärken. Der Wert und Nutzen der*
 3 *beruflichen Bildung muss stärker gewürdigt werden.*

8.3 Keine ideologisch motivierte Inklusion: Förder- und Sonderschulen erhalten

8 Die Forderung der Vereinten Nationen, behinderten
 9 Kindern Teilhabe am Bildungssystem zu garantieren, ist in
 10 Deutschland bereits erfüllt. Kinder mit besonderem Förder-
 11 bedarf erhalten in der Förderschule eine umfassende Unter-
 12 stützung, die die Regelschule nicht leisten kann.

14 *Die AfD setzt sich deshalb für den Erhalt der Förder- und*
 15 *Sonderschulen ein.*

8.4 Folgen der Massimmigration: Nicht auf dem Rücken der Schüler

20 Ziel der Beschulung schulpflichtiger Asylbewerber muss es
 21 sein, diese auf das Leben nach der Rückkehr in ihr Her-
 22 kunftsland vorzubereiten und die Zeit bis zur Rückkehr
 23 sinnvoll zu überbrücken. Einheimische Schüler dürfen nicht
 24 in ihrem Lernfortschritt behindert werden.

8.5 Keine ideologische Beeinflussung an der Schule: Die Neutralität der Schule muss gewahrt bleiben

30 Das Klassenzimmer darf kein Ort der politischen Indoktri-
 31 nation sein. An deutschen Schulen wird oft nicht die Bildung
 32 einer eigenen Meinung gefördert, sondern die unkritische
 33 Übernahme ideologischer Vorgaben. Leitbild der schulischen
 34 Bildung muss jedoch der selbstständig denkende Bürger sein.

8.6 Keinen bekenntnisgebundenen Islam- unterricht an deutschen Schulen!

4 Islamunterricht an deutschen Schulen dient derzeit nicht
 5 der Integration, sondern fördert ein Verharren in Einstellun-
 6 gen, die echte Integration verhindern.

8 *Integration heißt nicht, dass Deutschland sich Muslimen*
 9 *anpasst. Integration heißt, dass die Muslime sich Deutsch-*
 10 *land anpassen.*

12 Da die islamischen Gemeinschaften in Deutschland keine
 13 kirchenähnliche Struktur aufweisen, kann ihnen das Privi-
 14 leg eines „bekenntnisgebundenen“ Religionsunterrichts an
 15 staatlichen Schulen nicht zugestanden werden.

8.8 Keine Sonderrechte für Muslime an unseren Schulen!

20 Muslimische Schüler müssen genauso wie alle anderen
 21 Schüler auch am Sport- und Schwimmunterricht sowie an
 22 Klassenfahrten teilnehmen. Nur so können wir der Her-
 23 ausbildung von Parallelgesellschaften gegensteuern und
 24 den Schülern Teilhabechancen eröffnen, damit Integration
 25 gelingt.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

8.9 Kein Koranunterricht an verfassungsfeindlichen Moscheevereinen

Die Koranschulen in Deutschland werden zumeist von Moscheevereinen betrieben. Viele dieser Vereine stehen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ablehnend gegenüber.

Wir fordern deshalb eine flächendeckende Überprüfung aller Moscheevereine und bei Verdacht auf Verfassungsfeindlichkeit als Sofortmaßnahme ein Verbot, Koranunterricht zu erteilen.

8.10 Bologna ist gescheitert: Diplom und Magister wieder einführen

Die EU- weite Harmonisierung von Studiengängen (Bologna-Prozess) hat zu einer Verschulung des Studiums, zu Überregulierung und Bürokratie geführt. Die akademische Freiheit wurde beschnitten, ein Studienplatzwechsel erschwert. Bei der hohen Zahl von 18.044 Studiengängen (Stand 2015/16), die durch den Zwang zur Profilierung entstanden sind, ist die Vergleichbarkeit von Abschlüssen deutlich erschwert. Arbeitgeber kritisieren die geringe Qualifikation von Bachelor-Absolventen.

Die AfD will die bewährten Diplom- und Magisterstudiengänge wieder einführen. Die Modularisierung des Studiums und die Akkreditierungsagenturen sollen abgeschafft werden.

Das Promotionsrecht muss Universitäten vorbehalten bleiben. Deutsch muss als Lehr- und Wissenschaftssprache erhalten bleiben.

8.11 Autonomie der Hochschulen stärken: Freiheit von Forschung und Lehre bewahren

Deutschland muss ein Land der Spitzenforschung bleiben. Wir wollen eine höhere Grundfinanzierung der Hochschulen einführen, um deren Abhängigkeit von Drittmitteln zu verringern. Hochschulen sollen das Recht besitzen, Bewerber durch Aufnahmeprüfungen auszuwählen. Der durch planwirtschaftliche Zielvorgaben zu Studentenzahlen, Studienerfolg und anderen Quoten erzeugte Zwang zur Nivellierung ist zu beenden.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

 KAPITEL 9

Kultur und Medien

9.1 Deutsche Leitkultur statt „Multikulturalismus“

Die AfD bekennt sich zur deutschen Leitkultur. Diese fußt auf den Werten des Christentums, der Antike, des Humanismus und der Aufklärung. Sie umfasst neben der deutschen Sprache auch unsere Bräuche und Traditionen, Geistes- und Kulturgeschichte. Unser liberaler Rechtsstaat, unsere Wertschätzung von Bildung, Kunst und Wissenschaft und der sozialen Marktwirtschaft als Ausdruck menschlicher Kreativität und Schaffenskraft sind damit engstens verbunden.

Die Ideologie des „Multikulturalismus“ gefährdet alle diese kulturellen Errungenschaften. Kultur ist nur als etwas wechselbezügliches Ganzes von Gesellschaften zu verstehen. „Multi-Kultur“ ist Nicht-Kultur oder Parallelität von Kulturen und damit Ausdruck von Parallelgesellschaften, die stets zu innenpolitischen Konflikten und zur Funktionsunfähigkeit von Staaten führen.

Die Zivilgesellschaften funktionierender Staaten sind daher aufgerufen, ihre Kulturen zu schützen und eigenständig weiterzuentwickeln. Dies gilt natürlich auch für die deutsche kulturelle Identität. Der in Europa bereits stattfindende Kulturkampf zwischen Abendland und dem Islam als Heilslehre und Träger von nicht integrierbaren kulturellen Traditionen und Rechtsgeboten kann nur abgewendet werden durch ein Bündel von defensiven und restriktiven Maßnahmen, die eine weitere Zerstörung der europäischen Werte des Zusammenlebens aufgeklärter Bürger verhindern.

Die AfD wird nicht zulassen, dass Deutschland aus falsch verstandener Toleranz sein kulturelles Gesicht verliert.

9.2 Die deutsche Sprache als Zentrum unserer Identität

Die Nationalsprache ist das Herz einer Kulturnation.

Als zentrales Element deutscher Identität will die AfD die deutsche Sprache als Staatssprache im Grundgesetz fest-schreiben.

An deutschen Schulen darf es kein Zurückweichen des Deutschen vor Einwanderersprachen geben.

Auf EU-Ebene wollen wir dafür sorgen, dass das Deutsche dem Englischen und Französischen auch in der alltäglichen Praxis gleichgestellt wird, solange die EU noch besteht.

Die AfD sieht mit Sorge, wie die deutsche Sprache in Wissenschaft und Wirtschaft zunehmend durch das Englische ersetzt wird, und will dem mit gezielten Fördermaßnahmen entgegenwirken. Auch „politisch korrekte“ Sprachvorgaben lehnen wir entschieden ab, weil sie einer natürlichen Sprachentwicklung entgegenstehen und die Meinungsfreiheit einengen.

9.3 Ideologiebesetzte kulturpolitische Vorgaben des Staates beseitigen

Nirgendwo ist die ideologische Beeinflussung seitens des Staates so stark wie in der Kulturpolitik. Die AfD will die Kulturpolitik an fachlichen Qualitätskriterien und ökonomischer Vernunft anstatt an politischen Vorgaben ausrichten. Dementsprechend müssen der Einfluss der Parteien auf das Kulturleben zurückgedrängt, gemeinnützige private Kulturstiftungen und bürgerliche Kulturinitiativen gestärkt werden.

1 *Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur*
 2 *auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer*
 3 *erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch*
 4 *die positiv identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte*
 5 *mit umfasst.*

7 **9.4 Bekenntnis zur Kulturhoheit der Länder –** 8 **keine „politisch korrekte“ Kunst und Kultur!**

9
 10 Die AfD bekennt sich zur Kulturhoheit der Bundesländer.
 11 Kulturelle Förderprogramme des Bundes und der EU, die an
 12 ideologische Zielvorgaben gekoppelt sind, wollen wir durch
 13 Förderlinien ersetzen, die der Bewahrung des kulturellen
 14 Erbes oder dessen würdiger Fortschreibung dienen.

15
 16 *Für „politisch korrekte“ Kunst und Kultur darf es keine*
 17 *staatlichen Anreize geben.*

19 **9.5 Medien: Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk** 20 **reformieren und verschlanken**

21
 22 Die AfD fordert die Abschaffung des geräteunabhängigen
 23 „Rundfunkbeitrags“. Ein bundesweites Vollprogramm (Fern-
 24 sehen / Hörfunk) ist ausreichend, um den Auftrag eines
 25 unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu erfüllen.
 26 Die Aufsichtsräte der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstal-
 27 ten sind von staatlichem Einfluss so weit wie möglich
 28 freizuhalten.

29
 30 *Um den Rundfunk effektiv zu reformieren, sind die Run -*
 31 *funkstaatsverträge zu kündigen.*

32
 33 *Werbung in den öffentlich-rechtlichen Programmen wo -*
 34 *len wir abschaffen.*

Die Berichterstattung in den öffentlich-rechtlichen Pro-
 grammen muss sachlich und ausgewogen sein und darf sich
 nicht nach den Interessen von Regierungen, Parteipolitik
 oder Lobbygruppen ausrichten. Der öffentlich-rechtliche
 Rundfunk hat sich im Rahmen des Informations-, Bildungs-
 und Kulturauftrags als Dienstleister, nicht als Erzieher des
 Beitragszahlers zu verstehen.

9 **9.6 Das Internet als Ort der freien Meinungs-** 10 **äußerung erhalten**

11
 12 *Das Internet als Medium der Kommunikation, Informa-*
 13 *tion und freien Meinungsäußerung darf abseits der Verfol-*
 14 *gung von Straftaten keinerlei Beschränkung und Zensur*
 15 *unterliegen.*

1
 2
 3
 4
 5
 6
 7
 8
 9
 10
 11
 12
 13
 14
 15
 16
 17
 18
 19
 20
 21
 22
 23
 24
 25
 26
 27
 28
 29
 30
 31
 32
 33
 34

 KAPITEL 10

Steuern und Finanzen, Wirtschaft und Arbeit

1 Unser Steuersystem ist das komplexeste der Welt. Eine
2 Vereinfachung wurde von den etablierten Parteien schon
3 lange versprochen, aber nie realisiert. Globalisierung und
4 Euro-Krise erfordern ein grundsätzliches Umdenken. Die
5 demografische Entwicklung bringt die sozialen Sicherungs-
6 systeme in Gefahr. Die ungesteuerte Migration verschlim-
7 mert diese Probleme dramatisch. Die Behauptung, sie trage
8 zur Problemlösung bei, widerspricht allen Tatsachen. Eine
9 solche Aussage hat ausschließlich propagandistischen Cha-
10 rakter.

11
12 Es ist Zeit für eine grundlegende Reform, die bereits im
13 Grundsatzprogramm der AfD angelegt ist:

- 14 ▶ Reduzierung der Steuer- und Abgabenquote
- 15 ▶ Reformierung der Steuersysteme
- 16 ▶ Rückbau der Bürokratie
- 17 ▶ mittelstandsfreundliche Wirtschaftspolitik

18
19
20 Eine durch Staatsverschuldung finanzierte Stützung der
21 Renten- und Sozialsysteme kommt für die AfD nicht in Be-
22 tracht. Dies wäre keine nachhaltige Politik.

23
24 Auch die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse
25 verbietet eine solche Politik. Vorrangig sind Subventionen
26 abzubauen und überflüssige Staatsausgaben zu kürzen.

27
28 Die AfD ruft alle demokratisch legitimierten Parteien auf,
29 sich in der nächsten Legislaturperiode an einem großen
30 Steuer- und Sozialreformprozess zu beteiligen.

10.1 Steuern

1
2
3 *Die AfD wendet sich gegen eine Ausweitung der Abgaben-*
4 *belastung und fordert die Einführung einer Abgabenbremse*
5 *(Steuern, Beiträge und Gebühren) zugunsten der Bürger im*
6 *Grundgesetz.*

7
8 Damit soll verhindert werden, dass Steuern und Abgaben
9 in Zukunft beliebig erhöht werden können. Die Obergrenze
10 sollte maximal der heutigen Abgabenquote entsprechen und
11 mittelfristig 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht
12 übersteigen. Eine solche Politik ist erforderlich, weil sowohl
13 die Staatsfinanzierung als auch der Wohlstand der Bürger in
14 erster Linie von einer blühenden Wirtschaft abhängen. Ne-
15 ben innovativer Forschung und gut ausgebildeten Menschen
16 braucht der Wirtschaftsprozess finanzielle Rahmenbedin-
17 gungen, welche die Eigenfinanzierung für die technologische
18 Infrastruktur der Zukunft ermöglichen und die internationale
19 Wettbewerbsfähigkeit auch bei der Abgabenlast gewährleisten.

20
21 Die AfD will, dass eine seit Jahrzehnten in etlichen Wahl-
22 kämpfen von unterschiedlichen Parteien versprochene
23 Steuerreform, die diesen Namen verdient, Wirklichkeit wird.
24 Die Vergangenheit hat gezeigt, dass ein „Herumdoktern“ am
25 bestehenden Steuersystem dieses nur komplexer und keines-
26 wegs gerechter macht.

27
28 Wir sind bereit, gemeinsam mit allen demokratischen
29 Parteien, Tarifparteien, Verbänden und wissenschaftlichen
30 Einrichtungen ein zukunftsorientiertes Steuersystem auf den
31 Weg zu bringen, das selbstverständlich auch die erforderli-
32 chen sozialen Belange berücksichtigt.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

Leitideen der AfD sind dabei:

- ▶ Einfach, transparent und gerecht. Der progressive Anstieg der Steuer wird durch Steuerstufen abgelöst. Eine Indexierung der Tarife, Freibeträge und Freigrenzen, Pauschbeträge und Pauschalen muss die schleichende (heimliche) Steuererhöhung vermeiden.
- ▶ Entlastung der geringen und mittleren Einkommen. Der Grundfreibetrag wird auf das pfändungsfreie Einkommen angehoben und die Stufen werden so gewählt, dass Gering- und Durchschnittsverdiener entlastet werden.
- ▶ Das Ehegattensplitting wird durch ein sozial gerechtes Familiensplitting ergänzt, bei dem das Familieneinkommen auf alle Familienmitglieder verteilt wird vor der Tarifierung.
- ▶ Schaffung einer fairen Unternehmensbesteuerung. Gewinne sind dort zu versteuern, wo sie erwirtschaftet werden.

Die AfD ist für eine Abschaffung der Erbschaftsteuer als Substanzsteuer und gegen die Reaktivierung der Vermögensteuer. Intakte Familien denken und leben in Generationenzusammenhängen.

Die Übergabe von Vermögen – auch und gerade in Unternehmen gebundenes – ist Privatangelegenheit und darf nicht dem Staatszugriff ausgesetzt werden

10.2 Haushaltspolitik

Das primäre finanzwirtschaftliche Ziel der Alternative für Deutschland sind ausgeglichene Haushalte. Die Staatsausgaben sind durch Einnahmen zu decken. Die Erhöhung von Abgaben oder Aufnahme von Schulden zur Deckung der

Ausgaben ist auf die strengen Vorgaben einer Schuldenbremse zu beschränken. Die Bürger haben ein Recht auf verlässliche staatliche Rahmenbedingungen, die ihnen eine nachhaltige Lebensplanung gewährleisten.

Zur Vermeidung von Erblasten für spätere Generationen ist die Tilgung bestehender Schulden verbindlich gesetzgeberisch zu regeln.

Die Alternative für Deutschland fordert zudem die verpflichtende Einführung der kaufmännischen Buchführung für alle Staatshaushalte. Der darin in Zukunft abgebildete jährliche Werteverzehr aller Vermögensgegenstände, die einem solchen unterliegen, ist in den Haushalten zu erwirtschaften und zu thesaurieren. Haushalte sind nur dann ausgeglichen, wenn diese Vermögensverluste monetär erwirtschaftet sind, wie dies schon heute für alle Kommunalhaushalte vorgeschrieben ist.

Diese kaufmännische Betrachtungsweise muss in der Zukunft auch angewendet werden auf alle Versorgungsansparungen, welche die Bediensteten der öffentlichen Verwaltung gegenüber öffentlichen Dienstherrn bzw. Arbeitgebern erwerben.

10.3 Soziale Arbeitswelt

Die AfD befürwortet einen gesetzlichen Mindestlohn, da er bei den jetzigen Verhältnissen die vergleichsweise schwache Position der Niedriglohneempfänger gegenüber den Interessen der Arbeitgeber stärkt.

1 Insbesondere erlaubt der Mindestlohn eine Existenz
2 jenseits der Armutsgrenze und die Finanzierung einer, wenn
3 auch sehr bescheidenen, Altersversorgung, die ansonsten
4 im Wege staatlicher Unterstützung von der Gesellschaft zu
5 tragen wäre. Mindestlöhne verhindern somit auch die Priva-
6 tisierung von Gewinnen bei gleichzeitiger Sozialisierung der
7 Armutskosten.
8

9 Prekäre Arbeitsverhältnisse ersetzen zunehmend sozialver-
10 sicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Dies wirkt
11 sich negativ auf den Wohlstand aus, da das Fehlen einer
12 materiellen Grundlage durch eigene Arbeit z.B. Familien-
13 gründungen erschwert. Daraus entstehen Negativwirkungen
14 für die Demografie. Zudem leidet der Aufbau der eigenen
15 Altersvorsorge.
16

17 *Die AfD fordert deshalb auch eine gesetzliche Obergrenze*
18 *von 15 Prozent Beschäftigte mit Leih- oder Werkverträgen*
19 *in Unternehmen.*
20

21 Leiharbeit muss nach einer sechsmonatigen Beschäfti-
22 gungszeit einer festen Anstellung gleichgestellt werden.
23 Zeitarbeitsverträge dürfen nur einmal verlängert werden. Sie
24 dürfen nur unter festgelegten Bedingungen abgeschlossen
25 werden.
26

27 **10.4 Arbeitslosigkeit und Qualifikation für** 28 **Langzeitarbeitslose**

29 Die Bundesagentur für Arbeit ermittelt Arbeitslosenquo-
30 ten, die den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen.
31 Hunderttausende von Arbeitslosen werden dabei statistisch
32 nicht erfasst (Maßnahmen in Jobcentern, Arbeitslose über
33
34

58 Jahre, erkrankte Arbeitslose u.a.). Die AfD fordert eine
realistische Datenerhebung.

Die Arbeitslosigkeit, insbesondere die Dauerarbeitslosig-
keit, konnte bisher nachhaltig nicht gesenkt werden. Die
heutigen Eingliederungs- und Qualifizierungsmaßnahmen
gehen vielfach an den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts
vorbei. Deshalb können viele offene Stellen nicht besetzt
werden. Wir fordern daher eine bedarfsangepasste Qualifi-
zierung. Diese muss in enger Abstimmung insbesondere mit
der mittelständischen Wirtschaft erfolgen, bei welcher 80 %
der Arbeitnehmer Deutschlands beschäftigt sind.

14 **10.5 Wirtschaftspolitik durch Abbau** 15 **bürokratischer Hindernisse**

17 Die AfD will ein investitions- und innovationsförderndes
18 wirtschaftliches Umfeld. Wir wollen auf breiter Front
19 deregulieren und Bürokratie abbauen. Mit Sorge beobach-
20 ten wir zu viele und ineffiziente Regulierungen, welche die
21 Entwicklung insbesondere der mittelständischen Unterneh-
22 men behindern. Wir wollen unternehmerischen Geist neu
23 entfachen und Unternehmensgründern dadurch helfen, dass
24 wir bürokratische Hindernisse und unnötige Zwangsabgaben
25 etwa durch Kammerzwang beseitigen.
26

27 **10.6 Gesicherte Einlagen bei Bankinsolvenzen**

29 Die AfD fordert, dass die Kunden das Recht auf Konten
30 haben, die die Geldinstitute im Sondervermögen halten
31 müssen. Diese Vermögen sind im Fall einer Bankinsolvenz
32 geschützt. Bereits jetzt werden Aktien als Sondervermögen
33 (Treuhandsvermögen) bei Geldinstituten gehalten.
34

 KAPITEL 11

Sozialpolitik

11.1 Sozialpolitik und Zuwanderung

Unser Land steht vor großen sozialen Herausforderungen. Es gilt die hohe Kinderarmut und die drohende Altersarmut zu bekämpfen. Eine Vielzahl von Arbeitslosen ist in Beschäftigung zu bringen. Die Infrastruktur unseres Landes ist in Teilen heruntergewirtschaftet, ohne dass dies in den öffentlichen Haushalten abgebildet wird. Die Stabilisierung der Sozialsysteme erfordert bei einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung besondere Anstrengungen. Unsere begrenzten Mittel stehen deshalb nicht für eine unverantwortliche Zuwanderungspolitik, wie sie sich kein anderes europäisches Land zumutet, zur Verfügung. Sowohl die Euro-Rettungspolitik als auch die Niedrigzinspolitik der EZB erschweren diese schicksalhaft notwendige Reformpolitik für Deutschland. Auch deshalb müssen die Weichen für den Euro und Europa völlig neu gestellt werden.

Unser Sozialstaat kann nur erhalten bleiben, wenn die geforderte finanzielle Solidarität innerhalb einer klar definierten und begrenzten Gemeinschaft erbracht wird. Eine Auflösung des Nationalstaats führt unweigerlich zur Gefährdung unserer gewohnten sozialstaatlichen Errungenschaften.

11.2 Benachteiligung von Familien beseitigen und Kinderarmut bekämpfen

Die Abgabenlast für Familien ist zu hoch. Obwohl das Bundesverfassungsgericht gefordert hat, die Existenzminima von Kindern und Eltern wirksam steuerfrei zu stellen, ist der Gesetzgeber dem nicht angemessen nachgekommen.

Die AfD setzt sich für die nachhaltige steuerliche Entlastung von Familien durch Einführung eines Familiensplittings ein, welches das Familieneinkommen vor Versteuerung auf die Familienmitglieder rechnerisch verteilt.

In diesem Zuge sind auch die steuerlichen Benachteiligungen von Kindern und Eltern aus Trennungs- und Scheidungsfamilien zu beseitigen. Der Erwerb von Wohneigentum durch Familien sollte z.B. durch zinslose Darlehen, Zuschüsse und Erlass der Grunderwerbsteuer erleichtert werden.

Die AfD setzt sich auch für eine bessere Berücksichtigung der Leistungen von Eltern in der Rentenversicherung ein. Die Kinder von heute sind die potenziellen Beitragszahler von morgen. Wer Kinder großzieht und Rentenversicherungsbeiträge leistet, trägt deshalb doppelt zur Sicherung der Renten bei.

Erziehungszeiten müssen deshalb eine dieser Leistung angemessene Rentenerhöhung der Eltern zur Folge haben.

11.3 Grundsätzliches zur Rente

Den Menschen in unserem Land wieder Sicherheit im Arbeitsleben und im Alter zu geben, ist der Alternative für Deutschland ein besonderes Anliegen. Nur mit einer ausreichenden Versorgung im Alter kann Altersarmut verhindert werden. Das Bestreben der AfD ist es daher, das System der gesetzlichen Rentenversicherung so zu gestalten, dass es leistungsfähig und den Herausforderungen der Zukunft nachhaltig gewachsen ist. Die besondere demografische Herausforderung der nächsten Jahrzehnte wird – mindestens vorübergehend – eine stärkere Mitfinanzierung aus Steuermitteln erforderlich machen.

Unbeschadet solcher Hilfestellung außerhalb der Beitragsfinanzierung der staatlichen Renten müssen die beiden Säulen Betriebsrente und rein private Altersvorsorge gesetzgeberisch gestärkt werden. Hierzu bedarf es der Steuerfreistellung der Ansparbeiträge verbunden mit einer nachgelagerten Ertragsbesteuerung. Für eine wirkungsvolle Ausgestaltung solcher Systeme ist die Zinspolitik der EZB tödlich. Auch deshalb muss Deutschland aus der Eurozone austreten, sofern nicht unverzüglich Änderungen in die Tat umgesetzt werden.

11.4 Rente und Lebensarbeitszeit

Die AfD fordert, die Rente zukünftig bei Erreichen einer klar definierten anrechenbaren Lebensarbeitszeit statt, wie bisher vom Lebensalter abhängig, zu gewähren.

Bekanntlich wird bereits in naher Zukunft die Zahl der Rentner im Verhältnis zur Zahl der Beitragszahler überproportional steigen. Die jüngeren Generationen der Beitrags-

zahler werden diese finanzielle Verpflichtung nicht alleine schultern können. Es wird daher notwendig sein, die staatlichen Transferzahlungen aus allgemeinen Steuermitteln an die Rentenversicherung erheblich zu erhöhen, um die Beiträge der arbeitenden Menschen in erträglichen Grenzen zu halten.

Auch aus diesem Grund ist die derzeitige Migrationspolitik sofort zu beenden. Die zur Zeit dort mobilisierten jährlichen Milliardenbeträge, mit steigender Tendenz für die Zukunft, müssen in die Stabilisierung der Alterssicherung der deutschen Bevölkerung umgelenkt werden.

Wer als Rentner arbeiten möchte und damit dem Arbeitsmarkt weiterhin zur Verfügung steht, soll dies ohne Einschränkung seiner Rentenbezüge tun können. Ein solches zusätzliches Einkommen muss von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen zur Rentenversicherung freigestellt werden. Damit wird auch einem von der Demografie vorgezeichneten Fachkräftemangel entgegengewirkt.

11.5 Rente und versicherungsfremde Leistungen

Die AfD tritt dafür ein, dass Leistungen aus Mitteln der staatlichen Rentenversicherung, die sich nicht über Maßstäbe sozialer Verteilungsgerechtigkeit innerhalb der gesamten Solidargemeinschaft rechtfertigen lassen („echte“ versicherungsfremde Leistungen) entweder ausgegliedert oder über staatliche Transferleistungen finanziert werden. Allein im Jahr 2015 sind aus dem Etat der Rentenversicherung versicherungsfremde Leistungen in zweistelliger Milliardenhöhe erfolgt.

11.6 Doppelbesteuerung der staatlichen Rente vermeiden

Die AfD setzt sich dafür ein, zu überprüfen, ob die im Zuge der Einführung einer nachgelagerten Rentenbesteuerung vom Bundesverfassungsgericht als unrechtmäßig erkannte Doppelbesteuerung der Renten tatsächlich durch die derzeitige gesetzgeberische Regelung vermieden wird.

11.7 Grundsicherung im Alter: Wer gearbeitet hat, muss später mehr haben

Erwerbstätige, die jahrzehntelang sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren, aber beispielsweise durch niedrige Entlohnung oder unterbrochene Erwerbsbiographien keinen Rentenanspruch aufbauen konnten, der das Niveau der Grundsicherung übersteigt, werden derzeit genauso behandelt, wie Personen, die niemals sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren. Das ist ungerecht.

Die AfD will daher dafür sorgen, dass durch Arbeitsleistung und andere anrechenbare Zeiten, zum Beispiel Erziehungszeiten, erworbene Rentenansprüche mit einem angemessenen Aufschlag zur Grundsicherung Berücksichtigung finden.

11.8 Gerechtigkeit beim Arbeitslosengeld

Seit der Sozialrechtsreform 2005 (Hartz-Reform) wird bei der Festlegung der Höhe des Anspruchs auf Arbeitslosengeld-2 und – von geringfügiger Stufung abgesehen – der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld 1 nicht berücksichtigt, ob und ggf. wie lange der Betroffene zuvor sozialversicherungspflichtig erwerbstätig war. Nach regelhaft zwölf Monaten er-

halten ehemals langjährig Erwerbstätige Arbeitslosengeld 2 in gleicher Höhe und Berechtigte von Arbeitslosengeld 1 für die gleiche Zeitdauer Leistungen wie Arbeitslose, die noch nie zuvor Beiträge an die Arbeitslosenversicherung gezahlt haben. Dies stellt eine Geringschätzung der langjährigen Beitragszahler dar.

Die AfD setzt sich deshalb bei einer Vorbeschäftigung von mindestens zehn Jahren für eine längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld 1 ein und für höhere Arbeitslosengeld-2-Leistungen, sofern diese im Anschluss daran zu gewähren sind.

Dies ist ein Gebot der Gerechtigkeit, um unterschiedliche Erwerbsbiographien bei Arbeitslosigkeit auch differenziert zu behandeln.

11.9 Paritätische Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung

Die AfD setzt sich dafür ein, dass der Arbeitgeberanteil zur Kranken- und Pflegeversicherung wieder auf die gleiche Höhe wie der Arbeitnehmeranteil festgelegt wird. Die Risiken der Kostensteigerungen im Gesundheitswesen allein auf die Arbeitnehmer abzuwälzen, wie es die letzten Bundesregierungen getan haben, ist unsystematisch.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

Unser Gesundheitssystem ist in Gefahr

1 Die Gesundheitspolitik in Deutschland steht angesichts der
2 demografischen Entwicklungen vor großen Herausforderun-
3 gen. Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung für
4 alle Bürger in Stadt und Land gehört zu den Grundpfeilern
5 des modernen Sozialstaates.
6

7 *Wir setzen uns für eine leistungsfähige, flächendecke -*
8 *de und möglichst wohnortnahe medizinische Versorgung*
9 *für alle Bürger ein – im ambulanten wie im stationären*
10 *Bereich.*
11

12 **12.1 Finanzierung der Gesundheit – grundlegende Probleme beseitigen**

14 Die Finanzierung unseres Gesundheitswesens wird durch
15 allgemeine politische Fehlentwicklungen bedroht: Die von
16 den Kassen zu tragenden Kosten für Migranten, Flüchtlinge
17 und Asylbewerber laufen aus dem Ruder, und durch die
18 verfehlte Zinspolitik der europäischen Zentralbank können
19 die kapitalgedeckten privaten Krankenversicherungen keine
20 ausreichenden Rücklagen mehr bilden.
21
22

13 **12.2 Ärztliche Versorgung auf dem Land sicherstellen**

24 Die Arztsitze sind zwischen Stadt und Land ungleich
25 verteilt. Niederlassungen auf dem Land sind häufig nicht at-
26 traktiv. Wir wollen dazu beitragen, es für Ärzte attraktiver zu
27 machen, sich wieder vermehrt auf dem Land niederzulassen.
28 Auch die Kommunen und Landkreise sowie die Bundeslän-
29 der sind gefordert, Anreize zu schaffen.
30
31

32
33 *Wir wollen, dass sich wieder mehr Ärzte auf dem Land*
34 *niederlassen.*

1 **12.3 Dem „Pflegetotstand“ entgegenwirken**

2
3 In allen vollstationären medizinischen Einrichtungen
4 entwickelt sich ein Mangel an qualifiziertem Pflegepersonal
5 („Pflegetotstand“). Eine Hauptursache ist, dass die Perso-
6 nalkosten im „DRG-Fallpauschalensystem“ der Kranken-
7 häuser unzulänglich abgebildet sind. In den Krankenhau-
8 sentgelten sind die tariflichen Entgeltsteigerungen deshalb
9 nur teilweise enthalten. Aufgrund dieser Deckungslücke
10 sehen sich viele Krankenhäuser gezwungen, Personalstellen,
11 insbesondere bei der Pflege, einzusparen. Das führt zu einer
12 unzumutbaren Verschlechterung der Arbeitsbedingungen
13 und Nachteilen für die Patienten.
14

15 Als Ursachen für den fehlenden Berufsnachwuchs spielen
16 der hohe Leistungsdruck und die zuweilen unangemessene
17 Entlohnung eine Rolle.
18

19 *Die Akzeptanz und Attraktivität des Pflegeberufs muss*
20 *erhöht werden, um dem bestehenden und absehbar zuneh-*
21 *menden Mangel an qualifiziertem Pflegepersonal zu beg -*
22 *nen.*
23

24 *Die AfD fordert einen verbindlichen, länderübergrei-*
25 *fenden Mindestpersonalschlüssel für das Pflegepersonal,*
26 *der auch bei den Krankenhausentgelten Berücksichtigung*
27 *finden muss*
28
29
30
31
32
33
34

12.4 Stationäre Versorgung durch Investitionen sicherstellen

Wir wollen die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser durch Abbau von Investitionsstaus verbessern und damit auch die Chance für den Erhalt von wohnortnahen Häusern in kommunaler Trägerschaft erhöhen.

Die wirtschaftlich angespannte Lage der meisten Krankenhäuser wird durch die fehlende Investitionsfinanzierung der Länder weiter verschärft. Seit Jahren werden nur etwa die Hälfte der ca. 5,5 Mrd. € für den Erhalt der Krankenhäuser erforderlichen Mittel bereitgestellt. Die daraus resultierende Notwendigkeit, Investitionsmittel aus den Behandlungspauschalen zu finanzieren, führt zur weiteren Verschärfung der finanziellen Situation vieler Krankenhäuser. Nicht wenige Kommunen sahen sich deshalb veranlasst, Krankenhäuser an private Träger zu verkaufen. Unverkennbar ist seit Einführung der Fallpauschalen (DRG) im Jahr 2002 eine Privatisierungswelle zu verzeichnen. Wir unterstützen die Trägervielfalt im Krankenhauswesen und lehnen eine Entwicklung hin zur Monopolbildung entschieden ab.

12.5 Krankenhaus-Notfallambulanzen entlasten

Die Ambulanzen der Krankenhäuser sollen durch die Einrichtung von Portal-Praxen entlastet werden.

Aufgrund von teilweise langen Wartezeiten im ambulanten Bereich werden die Notfallambulanzen der Krankenhäuser mit einer zunehmenden Anzahl von unkritischen Behandlungsfällen überschwemmt. Wir setzen uns deshalb, wie in einigen Bundesländern bereits praktiziert, für die Einrich-

tung von Portal-Praxen aus dem niedergelassenen Bereich am Krankenhaus ein.

12.6 Ambulante Versorgung durch ein Hausarztssystem optimieren

Ambulante Behandlungen sollen durch ein Hausarztssystem besser gesteuert werden.

Durch das flächendeckende Angebot eines Hausarztssystems sollen ambulante Behandlungen besser koordiniert und Doppeluntersuchungen vermieden werden. Das Kostenbewusstsein und die Eigenverantwortlichkeit des Bürgers sollen gestärkt werden. Die freie Arztwahl muss sichergestellt sein.

12.7 Ärzte und Therapeuten überwiegend in Deutschland ausbilden

Ärzte und Therapeuten, die in Gesundheitsberufen arbeiten, sollen nach Möglichkeit in Deutschland ausgebildet sein oder über gute deutsche Sprachkenntnisse verfügen.

Gesundheit ist immer auch eine Frage des Vertrauens. Bei Ärzten, Therapeuten oder Pflegekräften, die sprachliche Defizite aufweisen, kann keine Vertrauensbasis entstehen. Die Beschäftigung von ausländischem Personal, das oftmals sprachliche Defizite aufweist, kann somit keine Lösung zur Behebung des Personalmangels im Gesundheitswesen sein. Insbesondere müssen Ärzte, die in der Patientenversorgung tätig sind, über gute Sprachkenntnisse (Sprachniveau C1) verfügen. Deren fachliche Qualifikation muss uneingeschränkt dem deutschen Standard entsprechen.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

12.8 Das deutsch-türkische Sozialversicherungsabkommen kündigen

Das deutsch-türkische Sozialversicherungsabkommen benachteiligt einheimische Versicherte und ist auf der Basis europäischer Sozialversicherungsabkommen neu zu verhandeln.

Das deutsch-türkische Sozialversicherungsabkommen aus dem Jahr 1964 regelt die Rechtsstellung türkischer oder deutscher Staatsbürger im jeweils anderen Land. In der Krankenversicherung führt dies zu einer weithin unbekanntem, eindeutigen Besserstellung türkischer Staatsangehöriger gegenüber deutschen Staatsangehörigen. Dies betrifft insbesondere die in unserem Sozialversicherungsrecht nicht vorgesehene Ausweitung der Familienversicherung. Der Familienbegriff richtet sich nicht nach deutschen Vorschriften, sondern nach türkischen. Da nach türkischem Recht die Eltern mit zur Familie gehören, werden auch in der Türkei lebende Eltern türkischer Arbeitnehmer mitversichert. Wir fordern, dieses Abkommen zu kündigen und auf der Basis der Gleichberechtigung der Versicherten neu zu verhandeln.

12.9 Gesundheitskarte und E-Health-Gesetz

Medizinische Behandlungsdaten müssen aufgrund ihrer hohen Sensibilität den höchstmöglichen Schutz genießen. Die elektronische Gesundheitskarte (eGK), auf der bisher nur Versichertendaten gespeichert sind, soll in einer weiteren Ausbaustufe ein Schlüssel zu einer zentralen Datenbank sein, in der neben diagnostischen Unterlagen und Untersuchungsergebnissen alle Informationen aller behandelnden Ärzte über den Patienten (Patientenakten) zusammengetragen werden.

Die AfD lehnt die Schaffung einer solchen zentralen Datenbank zur Speicherung sensibler Gesundheitsdaten ab.

Wir befürworten aber die Speicherung eines Notfalldatensatzes, einschließlich eines Medikamentenplans und einer Patientenverfügung, direkt auf der Karte. Für die Speicherung und den Austausch weiterer Gesundheitsdaten schlagen wir, neben dem Datenaustausch in Praxisverbänden, die Schaffung eines elektronischen Gesundheitspasses vor, bei dem die Daten nicht zentral, sondern direkt auf dem Medium gespeichert werden. In allen Fällen darf dies nur auf freiwilliger Basis erfolgen.

12.10 Alternative Medizin als Ergänzung traditioneller Medizin

Unter dem Begriff der „alternativen“ Behandlungen werden die unterschiedlichsten Behandlungsmethoden zusammengefasst. Diese können bei Einhaltung von zu definierenden Qualitätsstandards eine sinnvolle Ergänzung zur herkömmlichen Medizin darstellen. In jedem Fall ist eine ganzheitliche Betrachtung und Behandlung des Patienten notwendig, um der Zunahme von chronischen Erkrankungen und von Therapieresistenzen entgegenzuwirken.

Alternative Behandlungsmethoden können in bestimmten Bereichen eine Ergänzung der akutmedizinischen Behandlungsmethoden darstellen.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34



KAPITEL 13

Schluss mit der Technologiefreundlichkeit: Energie und Klima

13.1 Klimawandel

Das Spurengas Kohlenstoffdioxid (CO₂) ist kein Schadstoff, sondern eine unverzichtbare Voraussetzung für alles Leben.

Die Aussagen des Weltklimarats (IPCC), dass Klimaänderungen vorwiegend menschengemacht seien, sind wissenschaftlich nicht gesichert. Sie basieren allein auf Rechenmodellen, die weder das vergangene noch das aktuelle Klima korrekt beschreiben können. Schon vor der Industrialisierung gab es Warm- und Kaltperioden, die sich nicht durch die zugehörige CO₂-Konzentration der Luft erklären lassen. Mit dem Beitritt zum Pariser Abkommen und dem von der Bundesregierung erlassenen Klimaschutzplan 2050 hat Deutschland sich verpflichtet, für die sogenannte „Dekarbonisierung“ weitgehende Eingriffe in unsere Wirtschaft und Gesellschaft vorzunehmen.

Wir wollen das Projekt der Dekarbonisierung über die „Große Transformation“ beenden und den Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung aufheben.

Das Pariser Klimaabkommen vom 12.12.2015 ist zu kündigen. Deutschland soll aus allen staatlichen und privaten „Klimaschutz“-Organisationen austreten und ihnen jede Unterstützung entziehen.

13.2 Energiepolitik

Deutschland hat Strompreise, die mit jedem Zubau weiterer Wind- und Sonnenstromanlagen und dem Netzausbau zwangsläufig weiter steigen. Der mit staatlicher Planwirtschaft erzeugte Ökostrom hatte im Jahr 2015 einen Marktwert von 3,3 Mrd. Euro. Zusammen mit den EEG-Subventionen kostete dieser Ökostrom die Verbraucher 27,5 Mrd. Euro (Quelle: BMWi). Diese Subventionen fließen zu den Profiteuren der Energiewende und belasten jeden Vierpersonenhaushalt bis 2025 mit jeweils 25.000 Euro. Damit findet eine Umverteilung von unten nach oben statt. Die volkswirtschaftlichen Mehrkosten der geplanten Energiewende allein im Strombereich werden bis 2050 zusammen mehrere Billionen Euro betragen.

Die naturgesetzlich, technisch und wirtschaftlich bedingten und daher vorhersehbaren Probleme der Energiewende, wie weiter steigende Preise, gefährdete Netzstabilität, zunehmendes Risiko für Stromausfälle und fehlende Großspeicher, bleiben ungelöst.

Die ständige Verschärfung von Verordnungen und Gesetzen im Wärmesektor, wie die Energieeinspar-Verordnung (EnEV) und das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) zur Dämmung und Heizung, führt zu stark steigenden Baukosten und entsprechend hohen Mieten, die die unteren Einkommensgruppen besonders hart treffen.

1 Das Ziel der Bundesregierung ist es, bis 2050 die
2 CO₂-Emissionen um 80 bis 95 % zu senken. Die Sektoren
3 Mobilität und Wärme sollen durch Umstellung auf Ökostrom
4 ebenfalls emissionsfrei werden. Dies erfordert einen Ausbau
5 der Windenergieanlagen in einem Ausmaß und einer Ge-
6 schwindigkeit, die Wirtschaft und Bürger überfordern.

7
8 *Die bestehenden Kernkraftwerke wollen wir deshalb nicht*
9 *vor Ende ihrer Nutzungsdauer außer Betrieb nehmen.*

10
11 Auch auf die Nutzung moderner Gas- und Kohlekraftwer-
12 ke wird Deutschland auf absehbare Zeit nicht verzichten
13 können.

14
15 Im Einzelnen fordern wir:

- 16
17 ▶ Das EEG ist ersatzlos zu streichen.
- 18 ▶ Solange das EEG noch nicht abgeschafft ist:
19 - keine EE-Anlagen in Wäldern und Schutzgebieten
20 - keine Vorrangflächen für Windenergieanlagen ohne
21 Zustimmung der betroffenen Bürger
22 - Mindestabstand von Windenergieanlagen zur
23 Wohnbebauung um das 10-fache der Gesamthöhe
- 24 ▶ Die Laufzeit sicherer Kernkraftwerke muss sich nach
25 der technischen Nutzungsdauer richten.
- 26 ▶ Verwertbare Kernkraftwerk-Reststoffe müssen für das
27 Recycling rückholbar gelagert werden.
- 28 ▶ Zur Erhaltung der kerntechnischen Kompetenz wird
29 eine umfangreiche Beteiligung an internationalen
30 Forschungsprojekten gefordert.
- 31 ▶ Die EnEV und das EEWärmeG sind abzuschaffen.
- 32 ▶ Die Elektromobilität muss sich wie jede Technik auf
33 marktwirtschaftlicher Basis entwickeln.
34

13.3 Land der Tüftler und Denker: Technologie fördern

1
2
3
4 Als rohstoffarmes Land kann uns nur eine technologische
5 Spitzenposition langfristig den Wohlstand erhalten. Leider
6 sinkt das Ausbildungsniveau der nachrückenden Genera-
7 tionen in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik,
8 Naturwissenschaft und Technik). Eine allgemeine Techno-
9 logiefindlichkeit wird durch die MINT-fernen Bedenken-
10 träger allgegenwärtig geäußert. Um das Verständnis und
11 die Entscheidungsfähigkeit für naturwissenschaftliche und
12 technische Zusammenhänge sowie Prozesse zu verbessern,
13 muss die inhaltliche Entwertung der MINT-Fächer an den
14 Schulen gestoppt werden.

15
16 Im Einzelnen fordern wir:

- 17
18 ▶ Zur Sicherung der wirtschaftlichen Basis müssen auf
19 allen Ebenen in Schulen, Bildungs- und Forschungs-
20 einrichtungen die MINT-Fächer stärker gefördert
21 werden. Dies erfordert neben finanziellen Mittel auch
22 eine anhaltende Kampagne für die Bedeutung und die
23 Perspektiven solcher Ausbildungsgänge.
- 24 ▶ Es ist ein gesellschaftliches Klima für eine offene,
25 unbelastete Diskussion neuer Technologien und
26 Entwicklungen zu fördern. Dabei sind neben der
27 berechtigten Erörterung von Risiken bei neuen
28 Technologien auch die Chancen stärker in den Fokus
29 zu rücken. Das gilt insbesondere beim Erlass von
30 gesetzlichen Regelungen zu Technologien.
- 31 ▶ Schlüsseltechnologien, die für Deutschland relevant
32 sind, müssen identifiziert werden und durch
33 substanzielle Förderungsmodelle vorrangig entwickelt
34 werden.

1	▶ Um naturwissenschaftlichen und technischen	1
2	Kompetenzverlust zu stoppen und international den	2
3	Anschluss in weiteren Technologiefeldern nicht zu	3
4	verlieren, muss generell eine ideologiefreie Forschung	4
5	deutlich ausgebaut werden. Dazu sind bestehende	5
6	Förderlinien auszuweiten und Förderprogramme bis	6
7	zum Maßstab von Demonstrationsanlagen neu	7
8	aufzulegen.	8
9	▶ Hindernisse, die Unternehmensgründungen	9
10	erschweren, sind zu ermitteln und geeignete Maß-	10
11	nahmen zur Förderung von Startups zu beschließen.	11
12		12
13	Der Schutz vor Industriespionage ist insbesondere durch	13
14	staatliche Maßnahmen zur Erhöhung der IT-Sicherheit und	14
15	der Sicherheit der Datennetze zu verbessern.	15
16		16
17		17
18		18
19		19
20		20
21		21
22		22
23		23
24		24
25		25
26		26
27		27
28		28
29		29
30		30
31		31
32		32
33		33
34		34

Verkehrswege erhalten und ausbauen, Wohnungsbau verstärken, ländlichen Raum entwickeln

14.1 Verkehr

Eine ideologisch geleitete Verkehrspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt oder diskriminiert, lehnt die AfD ab.

Im Schienenverkehr braucht unser Land ein gut ausgebautes und aufeinander abgestimmtes Nah- und Fernverkehrsnetz. Die Eisenbahninfrastruktur muss in der Hand des Bundes verbleiben.

Die LKW-Maut muss nach tatsächlicher Fahrbahnbelastung durch schwere Achslasten erhoben werden, dabei ist pro Fahrzeug die Anzahl der Achsen und deren Achslast zu erfassen. Jeder Euro der LKW-Maut muss zusätzlich in die Infrastruktur fließen.

Die AfD wendet sich gegen flächendeckendes Tempolimit und erfolglose Umweltzonen.

Umweltzonen haben nachweislich nicht zur Reduzierung der Feinstaubemission beigetragen. Sie sind daher abzuschaffen.

Die Infrastruktur unseres Landes wurde jahrzehntelang vernachlässigt und ist in vielen Teilen marode.

Die AfD will deshalb ein bundesweites „Konjunkturprogramm Infrastruktur“ (KPI) auflegen.

Ziel des KPI ist die Sanierung und der Ausbau von Schienen, Straßen, Wasserwegen, Brücken und öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Kindergärten, Theatern und Museen.

Im Einzelnen fordern wir:

- ▶ Erhalt der Substanz und Beseitigung von Engpässen im Straßen- und Schienennetz
- ▶ Konjunkturprogramm Infrastruktur
- ▶ Keine ÖPP-Projekte bei der öffentlichen Infrastruktur
- ▶ Erstellung eines Verkehrskonzepts für den Güterfernverkehr
- ▶ Einbeziehung aller Verkehrsträger in einen neuen Bundesverkehrsplan
- ▶ Keine PKW-Maut, Novellierung der LKW-Maut
- ▶ Abschaffung der Umweltzonen, kein flächendeckendes Tempolimit auf Autobahnen
- ▶ Nationales Flughafenkonzept

14.2 Wohnungsbau

Wohnraum ist in den deutschen Großstädten knapp und teuer. Die Neubautätigkeit kann unter den vorliegenden Rahmenbedingungen nicht mithalten.

Planwirtschaftliche Eingriffe wie die „Mietpreisbremse“ verschleppen das eigentliche Problem, anstatt es zu lösen.

Langfristig verkehrt sich der gewünschte Effekt der Mietpreisbremse ins Gegenteil, weil sie private Investitionen in den Wohnungsbau weniger rentabel macht und so auch den dringend benötigten Neubau von Wohnungen ausbremst.

Wirksamer und nachhaltiger sind Maßnahmen, die den Wohnungsbestand deutlich erhöhen. Hierzu gehören: die Ausweisung neuer und die Optimierung bestehender Baugebiete, die Beschleunigung der Baurechtschaffung und eine Kostenverringering durch die Beseitigung unnötiger Vorschriften etwa zur Wärmedämmung.

1	<i>Zur Eigentumsförderung sind Grundstücke von der</i>	1
2	<i>öffentlichen Hand im Erbbaurecht zur Verfügung zu stellen</i>	2
3	<i>und genossenschaftliches Wohnen zu fördern.</i>	3
4		4
5	Mieter, deren Einkommen nicht für die Miete reicht, sind	5
6	weiterhin durch Wohngeld zu unterstützen.	6
7		7
8	<i>Mieter und Eigentümer von Wohnraum sollen durch die</i>	8
9	<i>Senkung der Grundsteuer entlastet werden.</i>	9
10		10
11	Im Einzelnen fordern wir:	11
12	▶ Der Wohnungsbau muss durch geeignete Rahmen-	12
13	bedingungen verstärkt werden	13
14	▶ Es muss mehr Bauland zur Verfügung gestellt werden	14
15	▶ Baustandards müssen vereinfacht und Bürokratie	15
16	abgebaut werden	16
17	▶ Staatliche Vorgaben sind zu entschlacken, Grund-	17
18	sowie Grunderwerbsteuer sollen gesenkt werden	18
19		19
20		20
21	14.3 Den ländlichen Raum stärken	21
22		22
23	<i>Wir unterstützen die Stärkung der ländlichen Infrastruktur.</i>	23
24		24
25	Die dort lebenden Menschen haben einen Anspruch auf	25
26	angemessene Infrastruktur, auch wenn die Besiedlungsdich-	26
27	te gering ist.	27
28		28
29	Damit wird zusätzlich der anhaltende Wanderungsdruck	29
30	aus den ländlichen Gebieten auf die Ballungszentren gemil-	30
31	dert. Hierzu sollen die Anbindung an das schnelle Datennetz	31
32	und die Anbindung an das überörtliche Straßen- und Schie-	32
33	nenetz verbessert werden.	33
34		34

Umwelt-, Natur- und Tier- schutz, Verbraucherschutz und Landwirtschaft

15.1 Wasserversorgung gehört in die öffentliche Hand

Die AfD befürwortet die kleinteilige Wasserversorgung durch Kommunen und Zweckverbände. Das Eigentum an den Wasserressourcen, den Förderanlagen, der Wasseraufbereitung und am Verteilnetz muss in öffentlicher Hand und damit in den Händen der Bürger verbleiben.

Eine EU-weite Liberalisierung und Kommerzialisierung des Wassermarkts lehnt die AfD entschieden ab.

Eine generelle Privatisierung des Wassers oder der Wasserwerke, die durch Richtlinien der EU angeregt werden, lehnt die AfD ab. Brunnen privater Grundstückseigentümer, die hieraus ihr Trinkwasser gewinnen, sind hiervon ausgenommen.

15.2 Ausbau der Windenergie stoppen

Die Windenergie ist ein energiepolitischer Irrweg, ökonomisch absurd und ökologisch kontraproduktiv.

Wir lehnen den weiteren Ausbau der Windenergie ab, denn er bringt mehr Schaden als Nutzen.

Windenergieanlagen sind nur noch ausnahmsweise an Standorten zuzulassen, an denen keine Beeinträchtigungen für Menschen, Tiere oder das Landschaftsbild zu erwarten sind. Anerkannte Studien zeigen seit Jahren die verheerende Wirkung von Windkraftanlagen auf geschützte Vögel und Fledermäuse. Gravierend sind auch die gesundheitlichen Schadwirkungen auf den Menschen durch Schattenschlag

und Lärmemission. Die flächendeckende Zerstörung unserer Landschaften ist die Folge von Windparks wie von zusätzlichen Stromtrassen. Bei der Standortwahl sind die Menschen vor Ort durch Bürgerentscheide zu beteiligen.

15.3 Lärmschutz verbessern

Lärm verursacht Stress und macht krank. Lärm ist das durch weite Teile der Bevölkerung am stärksten wahrgenommene Umweltproblem. Die bisherigen Anstrengungen zur Lärmvorsorge und insbesondere zur Lärmsanierung reichen nicht aus.

Die AfD setzt sich deshalb für ein zielgerichtetes Investitionsprogramm für den Lärmschutz ein.

15.4 Verbraucherschutz

Die AfD setzt sich für die Renationalisierung des Verbraucherschutzes ein.

Der Schutz der Verbraucher ist für die AfD einer der zentralen Politikbereiche. Er ist eine Querschnittsaufgabe und umfasst eine verbraucherfreundliche Wirtschaftspolitik genauso wie Teile der Sozial-, Rechts-, Umwelt- und Gesundheitspolitik. Da die Verbraucherschutzpolitik heute in hohem Maß EU-gesteuert ist, will die AfD die Zuständigkeit für Verbraucherschutz nach Deutschland zurückholen. Die AfD möchte die Verbraucherorganisationen durch ausreichendes Stiftungskapital stärken, um ihre Unabhängigkeit zu erhalten.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

1 *Die AfD setzt sich für vermehrte Produktprüfungen durch*
 2 *Stärkung der Gewerbeaufsicht ein und fordert eine trans-*
 3 *parente Kennzeichnung von Lebensmitteln mit verbrau-*
 4 *cherfreundlichen, genauen Angaben zu Herkunft, Inhalts-*
 5 *stoffen und Qualität*

7 Die offenen Grenzen des Binnenmarkts haben zu einer
 8 starken Zunahme unsicherer und gefährlicher Produkte
 9 geführt. Hersteller und Importeure können sich die Unbe-
 10 denklichkeit ihrer Produkte weitgehend selbst bescheinigen.
 11 Dieser Entwicklung muss durch eine bessere personelle und
 12 materielle Ausstattung der Gewerbeaufsicht und Produkt-
 13 prüfung, vor allem bei Lebensmitteln, Kinderspielzeugen
 14 und Elektrogeräten, begegnet werden.

15.5 Tierschutz: Tierquälerisches Schlachten verbieten

19 Die AfD setzt sich für eine mitfühlende und würdevolle
 20 Behandlung aller Tiere ein. Dies bezieht sich auf die Hal-
 21 tung, den Transport und die Schlachtung. Tierschutzgesetze
 22 müssen gleichermaßen für alle gelten.

24 *Den Handel, die Bewerbung und die Einfuhr von Fleisch*
 25 *aus tierquälerischer Schlachtung (Schächten) lehnt die AfD*
 26 *ab.*

28 Wir fordern eine ersatzlose Streichung des § 4 a, Abs. 2 Nr.
 29 2 TierSchG. Länder wie Schweden, Niederlande, Schweiz,
 30 Polen, Norwegen, Island, Liechtenstein und Dänemark sind
 31 für uns in dieser Hinsicht Vorbild.

15.6 Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft

Die AfD steht zur Förderung von landwirtschaftlichen Fa-
 milienbetrieben und Genossenschaften. Die Globalisierung
 bewerten wir im Bereich der Landwirtschaft kritisch. Bü-
 rokratie und Überregulierung durch EU, Bund und Länder
 wollen wir abbauen. Wir wenden uns gegen die negativen
 Auswirkungen eines weltweiten Preisdumpings zulasten
 von Umwelt, Mensch und Tier. Unsere landwirtschaftlichen
 Familienbetriebe müssen wieder in die Lage versetzt werden,
 von ihrem Einkommen den sozialen Standard ihrer Familien
 zu sichern und Investitionen für den Weiterbestand ihres
 Hofes zu tätigen.

15.6.1 Regionalisierung und Direktvermarktung

Wir wollen die regionale Lebensmittelerzeugung und Di-
 rektvermarktung durch bäuerliche Betriebe stärken. Hinder-
 liche Vorschriften sind zu beseitigen.

Regionale Erzeugungs- und Vermarktungsstrukturen
 sparen Ressourcen, garantieren lokale Arbeitsplätze und ma-
 chen das Land attraktiv. Wir fordern auch in diesem Bereich
 eine Rückführung der Gesetzgebungskompetenzen von der
 EU auf die Länderebene.

15.6.2 Alte Kultursorten erhalten

Alte Kultursorten gehören zum kollektiven Eigentum aller Menschen. Dennoch müssen hohe Gebühren für die Anmeldung uralter Sorten gezahlt werden, wenn diese vermarktet werden sollen. Diese Klausel im Saatgutverkehrsgesetz schützt große Konzerne vor der Konkurrenz durch Kleinbetriebe. Durch die Erlaubnis, alte Kultursorten lizenzfrei vermehren zu können, wird die Sortenvielfalt beim Endverbraucher breiter werden.

Die AfD fordert die Aufhebung aller Handelsbeschränkungen für alte Nutzpflanzensorten.

15.6.3 Rahmenbedingungen für Kleingärten und Kleintierhaltungen verbessern

Wer Lebensmittel selbst erzeugt, weiß um ihren Wert. Nutzgartenbesitzer und Kleintierhalter gewinnen frische Lebensmittel, erhalten die genetische Vielfalt und leisten einen Beitrag für die Krisenvorsorge.

Um weiterhin breiten Bevölkerungsschichten diesen Zugang zu ermöglichen, will die AfD die Rechtssicherheit von Kleingärten und Kleintierhaltungen stärken und Regularien abbauen.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

V.i.S.d.P.:

Alternative für Deutschland (AfD),
Bundesprogrammkommission,

vertreten durch den Bundesvorstand,
dieser vertreten durch die Bundessprecher Dr. Frauke Petry und Prof. Dr. Jörg Meuthen

Schillstraße 9, 10785 Berlin

Telefon: 030-2205696-0

Telefax: 030-2205696-29

E-Mail: bgs@alternatiefuer.de

Internet: www.alternatiefuer.de / www.afdkompakt.de

Facebook: www.facebook.com/alternatiefuerde

